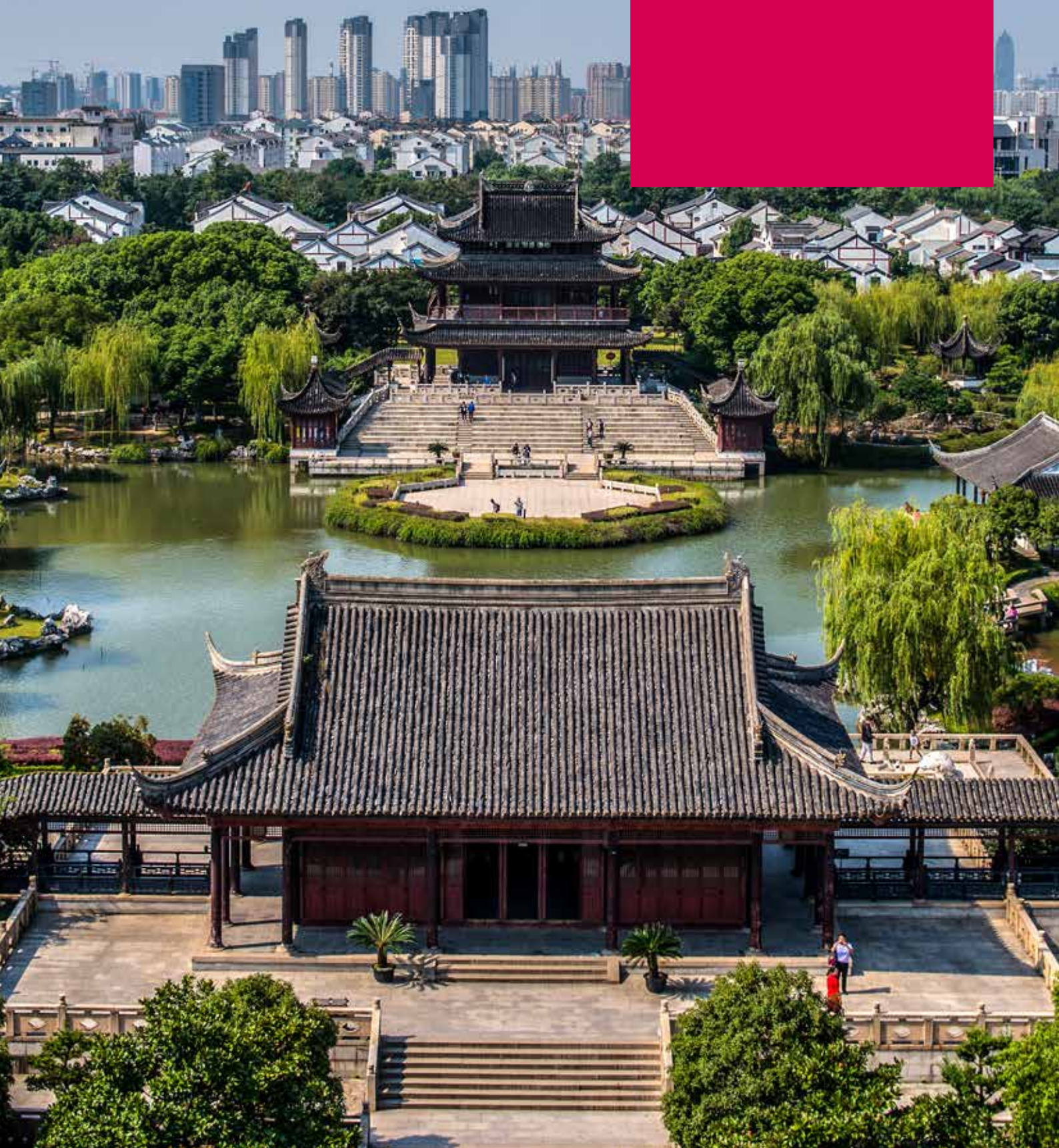




Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

ASIEN-G20 STRATEGIE 2025-2028





Beim vorliegenden Bericht, der vom Bundesrat am 20. Juni 2025 gutgeheissen wurde, handelt es sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2024–2027. Der Bundesrat verabschiedet die Asien-G20-Strategie 2025–2028 im Rahmen seiner Jahresziele 2025.

Vorwort

Der asiatische Kontinent ist eine der dynamischsten und kontrastreichsten Regionen der Welt, wo sich die Zukunft vor unseren Augen zu entfalten scheint. Dynamische Märkte und strategisch wichtige Gebiete wie die Strasse von Taiwan, die koreanische Halbinsel und das Südchinesische Meer stehen sinnbildlich für dessen wachsenden geopolitischen Einfluss. Asien beherbergt starke Volkswirtschaften, bevölkerungsreiche Staaten und eine Vielzahl von politischen Regierungsformen. Ausgedehnte Wüsten kontrastieren mit dicht bevölkerten Gegenden, fruchtbare Agrarflächen mit Megastädten. Der Kontinent weist starke Ungleichheiten auf, die von grossem Reichtum bis zu extremer Armut reichen. Zugleich ist Asien von globalen kulturellen Einflüssen geprägt, die sich insbesondere in der dynamischen Kunst-, Musik- und Gastronomieszene widerspiegeln.

Gleichzeitig steht Asien vor grossen Herausforderungen. Der wachsende Wohlstand macht es schwieriger, das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten. Die Demografie stellt eine weitere Herausforderung dar. Der rasante demografische Wandel bringt die Grundfesten der Wachstums- und Beschäftigungsdynamiken ins Wanken. Hinzu kommen sehr heterogene Regierungssysteme: Einige Länder haben demokratische Systeme, andere weisen Tendenzen zu Machtkonzentration und Einschränkungen der Freiheitsrechte auf. Nicht zuletzt bestehen grosse ökologische Herausforderungen.

Die Schweiz bleibt davon nicht unberührt. Der Wohlstand und die Sicherheit Europas und damit auch der Schweiz sind eng mit den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Asien verknüpft. Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es für die Schweiz in diesem Umfeld? Wie kann sie ihre Interessen wahren und gleichzeitig Chancen nutzen und Risiken minimieren?

Wann empfiehlt es sich, einen eigenständigen Kurs zu verfolgen, und wann sind gezielte Partnerschaften sinnvoll? Wie kann die Schweiz eine relevante Gesprächspartnerin für die Akteure in Asien sein, die nicht die gleichen Werte der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte teilen?



Die Strategien des Bundesrates, wie die China-Strategie 2021–2024 und die Südostasien-Strategie 2023–2026, haben einen neuen Blick auf die breit diversifizierten Beziehungen zu Asien ermöglicht. Der Bundesrat will diesen Ansatz vertiefen. Er hat beschlossen, eine Asien-G20-Strategie 2025–2028 zu verabschieden, die einen Überblick über die Beziehungen der Schweiz zu den G20-Mitgliedstaaten in diesem Teil der Welt bietet. Die Strategie soll die Vielfalt der Beziehungen der Schweiz zu den fünf Ländern – China, Indien, Indonesien, Japan und Südkorea – aufzeigen, die bilateralen und multilateralen Verbindungen stärken und gleichzeitig eine differenzierte Sicht ermöglichen, im Einklang mit dem Grundsatz einer unabhängigen Aussenpolitik der Schweiz.

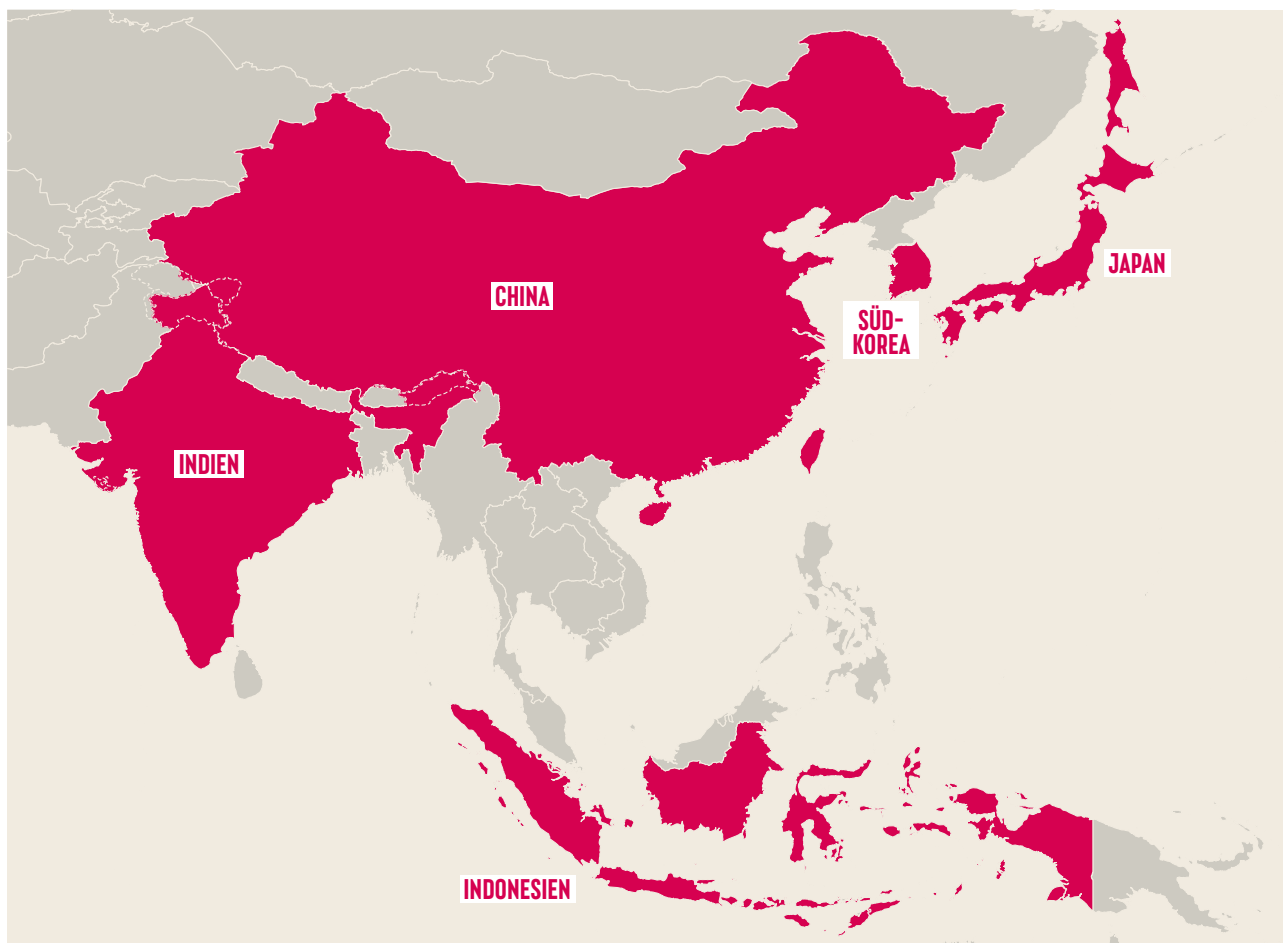
Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und hoffe, dass dieses Instrument der Schweiz die Möglichkeit einer Annäherung an diese Partner eröffnet, mit denen sie viele Interessen teilt.

Ignazio Cassis
Bundesrat
Vorsteher des Eidgenössischen Departements
für auswärtige Angelegenheiten

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Rückblick auf die China-Strategie 2021–2024	7
2.1	Entwicklung der Beziehungen Schweiz–China	7
2.2	Evaluation der China-Strategie 2021–2024	7
3	Geopolitische Auslegeordnung	9
3.1	Internationale Akteure und regionale Zusammenschlüsse	9
3.2	Regionale Trends	10
4	Schweizer Interessen	16
4.1	Frieden und Sicherheit	16
4.2	Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit	17
4.3	Umwelt	18
4.4	Demokratie und Gouvernanz	18
5	Multilateralismus	20
5.1	Organisation der Vereinten Nationen	21
5.2	G20	21
5.3	Weitere multilaterale Formate	21
6	Bilaterale Schwerpunkte	23
6.1	China	23
6.2	Indien	26
6.3	Indonesien	28
6.4	Japan	30
6.5	Südkorea	32
7	Instrumente und Umsetzungspartner	34
7.1	Interne Koordinationsinstrumente	34
7.2	Externe Koordinationsinstrumente	34
Anhang		35
	Karte der Vertretungen in der Region Asien–G20	35
	Abkürzungsverzeichnis	36
	Glossar	37

1 Einleitung



Grafik 1: Karte der Region mit den fünf G20-Ländern Asiens¹ (Quelle: EDA)

Die Asien-G20-Strategie 2025–2028 des Bundesrates ist Ausdruck der vielfältigen Interessen der Schweiz gegenüber fünf wichtigen Akteuren auf dem asiatischen Kontinent: China, Indien, Indonesien, Japan und Südkorea. Diese Länder gehören der G20 an und prägen die Weltwirtschaft und die geopolitischen Dynamiken massgeblich.

Mit dem Entscheid für einen Ansatz, der sich auf diese fünf Länder konzentriert, trägt die Schweiz deren wachsenden Bedeutung im globalen Kräftegefüge Rechnung. Die in wirtschaftlicher, technologischer und strategischer Hinsicht eng verflochtene Region beeinflusst massgeblich weltweite Entwicklungen in den Bereichen Wachstum, Gouvernanz und Innovation. Die Schweiz verfolgt einen zielgerichteten Ansatz, der auf bereits gefestigten Beziehungen und einem

kohärenten regionalen Rahmen aufbaut. Durch die Konzentration auf Asien legt diese Strategie den Schwerpunkt auf einen Raum, in dem die bestehenden Mächte stark interagieren und gemeinsam regionale und multilaterale Dynamiken gestalten.

Mit dieser Strategie wird die China-Strategie 2021–2024 aktualisiert, die sich als Koordinations- und Kommunikationsinstrument bewährt hat. Ihre Ausdehnung auf andere asiatische Mächte ermöglicht ein besseres Verständnis des regionalen Kontexts. Die Bundesversammlung hat im Rahmen der Legislaturplanung 2023–2027 beschlossen, die China-Strategie für die Jahre 2025–2028 zu aktualisieren.

Die neue Strategie fügt sich in den übergeordneten Rahmen der [Aussenpolitischen Strategie 2024–2027 \(APS 2024–2027\)](#) ein und will die Partnerschaften der Schweiz vor dem Hintergrund des geopolitischen Wandels erweitern. Die APS 2024–2027 verweist auf die geostrategische Verflechtung zwischen Asien und Europa und auf die Notwendigkeit, dass die

¹ Die Darstellung von Grenzen auf dieser Karte bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Schweiz ihre Partnerschaften weltweit diversifiziert. Gemäss Ziel 8 dieser Strategie soll die Schweiz ihre Interessenwahrung gegenüber den aussereuropäischen G20-Staaten verstärken.

Die fünf asiatischen G20-Länder gehören ausserdem zu den zehn grössten Volkswirtschaften der Welt. Im Jahr 2025 vereinen sie 32 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 39 Prozent der Weltbevölkerung auf sich.² Die Schweiz pflegt enge Beziehungen auf bilateraler und auf multilateraler Ebene zu ihnen.

Die Strategie orientiert sich an den Schwerpunkten der APS 2024–2027 – Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Demokratie und Gouvernanz – sowie am Multilateralismus. Kapitel 3 enthält eine Analyse der aktuellen geopolitischen Trends und der Positionen der wichtigsten Akteure. Darauf folgt eine Beschreibung der multilateralen Ansätze der fünf Fokusbänder mit Schwerpunkt auf der UNO und der G20.

Sodann werden die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und jedem dieser Länder erläutert und die Massnahmen und Ziele für die kommenden Jahre dargelegt. Das letzte Kapitel befasst sich mit den Koordinations- und Umsetzungsinstrumenten, die einen kohärenten und wirksamen Ansatz gewährleisten sollen.

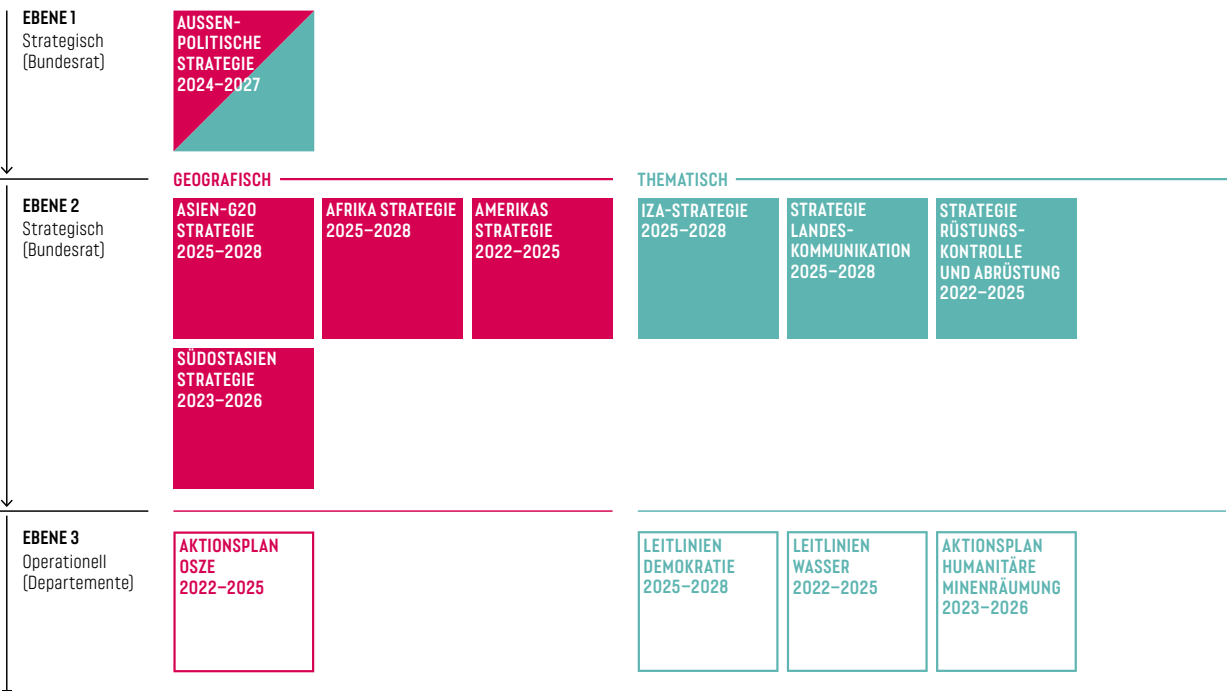
Auf nationaler Ebene bilden die Bundesverfassung, die einschlägigen Bundesgesetze³, die APS 2024–2027 und die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 die Referenzdokumente. Weitere massgebende Texte des Bundesrates sind die Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik, die Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation sowie die Gesundheitsaussenpolitik (GAP) der Schweiz 2019–2024 (verlängert bis 2028).

Der «Whole of Government»-Ansatz bezieht alle Akteure ein und gewährleistet eine koordinierte Umsetzung vor Ort durch Diplomatinen und Diplomaten, Verteidigungsattachés, Migrationsfachleute, Wirtschaft, Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit. Die Asien-G20-Strategie 2025–2028 bietet diesen Akteuren einen Orientierungsrahmen, der die weitere Verbesserung der Koordination und einen effizienten Einsatz der Schweizer Mittel erlaubt.

Die Strategie wurde unter Einbezug aller Departemente und der Bundeskanzlei verfasst und zeugt vom Willen des Bundesrates, eine aktive, kohärente und unabhängige Aussenpolitik zu verfolgen. Die Aussenpolitischen Kommissionen der Bundesversammlung und die Kantone wurden informiert. Darüber hinaus haben Thinktanks und NGO zum Inhalt beigetragen und damit die Verankerung der Strategie in einem breit abgestützten Verständnis der Schweizer Aussenpolitik gestärkt.

2 Siehe Datenbank des Internationalen Währungsfonds: [IMF DATAMAPPER](#).

3 Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, [SR 974.0](#); Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte, [SR 193.9](#).



Grafik 2: Aussenpolitische Strategie nach Umsetzungsstufe (Quelle: EDA)

2 Rückblick auf die China Strategie 2021–2024

2.1 Entwicklung der Beziehungen Schweiz–China

Im Zeitraum 2021 bis 2024 fanden die Beziehungen zwischen der Schweiz und China in einem von komplexen Herausforderungen geprägten Umfeld statt. Einerseits erschwerte die Covid-19-Pandemie den bilateralen Austausch in allen Kooperationsbereichen und beeinträchtigte vorübergehend das Wirtschaftsgeschehen. Andererseits kam es durch den Krieg gegen die Ukraine zu einer veränderten Prioritätensetzung in der Bundesverwaltung und zu neuen geopolitischen Dynamiken, die zu einer wachsenden Distanz zwischen Europa und China führten.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der China-Strategie 2021–2024 war der hochrangige bilaterale Austausch auf virtuelle Formate beschränkt. Die persönlichen Kontakte wurden im Januar 2023 anlässlich des Treffens zwischen Bundesrätin Karin Keller-Sutter und dem chinesischen Vizepremier Liu He wieder aufgenommen. In der Folge wurden alle bilateralen Dialoge vollumfänglich wieder hergestellt, einschliesslich des Menschenrechtsdialogs im Juli 2023, des Dialogs über Arbeits- und Beschäftigungsfragen im September 2023 und des strategischen Dialogs zwischen Bundesrat Ignazio Cassis und seinem Amtskollegen Wang Yi im Februar 2024. Die Begegnungen auf hoher Ebene wurden fortgeführt, unter anderem mit dem Treffen zwischen Bundespräsidentin Viola Amherd und Premierminister Li Qiang im Januar 2024. Während des Mandats der Schweiz als nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat in den Jahren 2023/2024 fand ein verstärkter Austausch zu multilateralen Themen statt. Darüber hinaus führten die Schweiz und China mehrmals Gespräche zur Suche nach einer diplomatischen Lösung für den Krieg gegen die Ukraine.

Auf wirtschaftlicher Ebene führte die Covid-19-Krise zu einer Abschwächung des Handels und zu einem vorübergehenden Rückgang der bilateralen Investitionen. Im Zuge einer allmählichen Erholung ist das Handelsvolumen wieder auf Vorkrisenniveau gestiegen. Trotz dieser Erholung hat sich die Präsenz von Schweizer Unternehmen und Staatsangehörigen in China bis anhin nicht erhöht. Ein wesentlicher Schritt war die Aufnahme von Verhandlungen zur Optimierung des Freihandelsabkommens Schweiz–China im Herbst 2024.

Menschenrechtsfragen stellen nach wie vor ein schwieriges Terrain in den bilateralen Beziehungen dar. Die Situation der Minderheiten – hauptsächlich der Uiguren und der tibetischen Gemeinschaft –, die politischen Einschränkungen in

Hongkong sowie die Verminderung der persönlichen Freiheiten gaben der Schweiz Anlass, ihre Besorgnis gegenüber China auf bilateraler Ebene und in den multilateralen Gremien zum Ausdruck zu bringen.

Im Zeitraum 2021 bis 2024 wurde die Politik der Schweiz gegenüber China durch parlamentarische Vorstösse präzisiert, die sich insbesondere auf Menschenrechte, wirtschaftliche Abhängigkeit und wissenschaftliche Zusammenarbeit bezogen. Darüber hinaus legte der Bundesrat in Erfüllung des [Postulats 21.3967](#) einen Bericht zum Stand der Beziehungen zwischen den Schweizer Akteuren und Taiwan (Chinesisches Taipei) vor.

Die diplomatischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der letzten Jahre zeigen die Bereitschaft beider Länder, einen offenen und konstruktiven Dialog zu führen, ohne dabei die globalen Herausforderungen und Meinungsverschiedenheiten in bestimmten Fragen auszublenden. Die Schweiz verfolgt gegenüber China einen Ansatz, der durch Pioniergeist und Pragmatismus, aber auch durch das Entstehen für die Interessen und Werte der Schweiz geprägt ist.

2.2 Evaluation der China-Strategie 2021–2024

Die Verabschiedung der China-Strategie 2021–2024 durch den Bundesrat im Jahr 2021 stellte einen wichtigen Meilenstein dar. Die Strategie formalisierte erstmals den Rahmen für die bilateralen Beziehungen unter Berücksichtigung der wachsenden weltwirtschaftlichen Bedeutung Chinas und der Herausforderungen, die sich aufgrund seiner internationalen Rolle ergeben.

Gemäss den Empfehlungen der internen Zwischenevaluation der China-Strategie 2021–2024 beauftragte das EDA ein externes Unternehmen mit der Durchführung einer Schlussevaluation der Strategie.

Obwohl sich die Auswirkungen der Strategie auf die Aussenpolitik der Schweiz gegenüber China kaum direkt quantifizieren lassen, kommt die externe Bewertung zum Schluss, dass die Umsetzung der in der Strategie definierten 45 Massnahmen insgesamt positiv zu bewerten ist. Die Koordinationsmechanismen, insbesondere die Interdepartementale Arbeitsgruppe (IDAG) China und der Ansatz mit Einbezug aller nationalen Akteure, haben sich als wirksam erwiesen. Die Evaluation ergab jedoch, dass die Koordination zwischen

den Stakeholdern verstärkt werden muss, um den Austausch mit China zu strukturieren und um die Kommunikation bei den bilateralen Dossiers zu verbessern.

Die Stakeholder in der Schweiz anerkennen den Nutzen einer China-Strategie. Mehrere Akteure verweisen auf ihre komplexer gewordenen Beziehungen zu China in einem zunehmend ungewissen internationalen Umfeld und wünschen sich deshalb sogar einen intensiveren Austausch.

Mängel konstatiert die Schlussevaluation indes beim Ausbau der China-Kompetenzen. Sie empfiehlt Massnahmen, um diese Mängel anzugehen. Die vorliegende Strategie berücksichtigt diese Empfehlung sowie zehn der weiteren Vorschläge, die einerseits auf eine bessere Umsetzung der Schweizer China-Politik abzielen und andererseits allgemeine Aspekte im Zusammenhang mit der Formulierung, Kommunikation und Umsetzung der Folgestrategien der APS 2024–2027 betreffen.

Schliesslich schlägt die externe Evaluation auch vor, die China-Strategie auf andere Länder des asiatischen Kontinents auszuweiten. Diese Empfehlung deckt sich mit dem Ziel des Bundesrates und wird mit der vorliegenden Strategie umgesetzt.

3 Geopolitische Auslegeordnung

Die Aussenpolitische Strategie 2024–2027 zeichnet eine Welt, die von einer zunehmenden Fragmentierung, einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Grossmächten und der abnehmenden Reichweite der westlichen Ordnungsmacht geprägt ist, wobei einige Staaten die etablierten internationalen Normen gar infrage stellen. Die geopolitischen Dynamiken, die seit Anfang 2025 von Washington ausgehen, scheinen diese Tendenzen und die damit verbundenen Unsicherheiten weiter zu verstärken. Gleichzeitig baut Asien seine wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und technologischen Kapazitäten aus. Vor diesem Hintergrund spielen die fünf asiatischen G20-Länder, die Gegenstand dieser Strategie sind – China, Indien, Indonesien, Japan und Südkorea –, eine zunehmend zentrale Rolle auf der internationalen Bühne.

Asien bietet enorme Möglichkeiten, steht zugleich aber vor komplexen Herausforderungen, insbesondere in Zusammenhang mit der chinesisch-amerikanischen Rivalität, aber auch in Bezug auf sicherheitspolitische, wirtschaftliche, ökologische und demografische Fragen. Jedes der fünf Länder verfügt über eine andere Regierungsführung, Wirtschaftspolitik und Aussenpolitik. Zu dieser Heterogenität kommen zunehmende Wechselwirkungen hinzu, was dazu führt, dass die Länder unterschiedliche Rollen einnehmen – je nach Bereich stehen sie in einer Partnerschaft oder in direktem Wettbewerb.

Die Region mit ihren Wechselwirkungen und ihrer strategischen Bedeutung wird unter dem Begriff «indopazifischer Raum» zusammengefasst. Dieses geostrategische Konzept, das vor allem von Japan, den USA, Australien und Indien gefördert wird, soll unter anderem dem wachsenden Einfluss Chinas entgegenwirken. Auch andere Länder wie das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und Kanada haben diese Sichtweise übernommen.

3.1 Internationale Akteure und regionale Zusammenschlüsse

Seit der Obama-Regierung und dem «Pivot to Asia» haben die USA ihr strategisches Engagement in der Region intensiviert, wirken zugleich aber auch dem wachsenden Einfluss Chinas entgegen. Die Indopazifik-Strategie der USA⁴ setzt auf Sicherheit und wirtschaftliche Verteidigung. Mit Sicherheitsbündnissen wie der Quad-Gruppe (USA, Indien, Japan, Australien) und AUKUS (USA, Vereinigtes Königreich, Australien) wollen die USA ihre abschreckende Wirkung und ihre Wettbewerbsvorteile wahren. Im Bereich der kritischen

Technologien bauen die USA ihre Vormachtstellung durch Partnerschaften mit Japan, Südkorea und Indien aus. Für Exporte nach China werden hingegen Kontrollen eingeführt.

Seit Amtsntritt von US-Präsident Donald Trump im Januar 2025 haben die USA ihre aussenpolitischen Initiativen vervielfacht und die Dynamik der Einflussphären verändert. Die zunehmenden geopolitischen Unsicherheiten könnten die Koordination zwischen den USA und Europa in ihren Beziehungen zu den Ländern, die Gegenstand der vorliegenden Strategie sind, schwächen. Bisher waren die Entscheidungen von Präsident Trump gegenüber China im wirtschaftlichen Bereich von Kontinuität geprägt, einschliesslich neuer Zölle und strengerer Bedingungen für chinesische Investitionen.

Für die EU gewinnt der indopazifische Raum zunehmend an strategischer Bedeutung. Die Wirtschaftsbeziehungen mit der Region sind von zentraler Bedeutung. Im Vergleich zu den weisst die EU-Wirtschaft eine zunehmende Verwundbarkeit gegenüber Störungen in den Wertschöpfungsketten sowie gegenüber Risiken im Zusammenhang mit Investitionen in strategisch sensible Bereiche durch Länder der Region, insbesondere durch China, auf. Mit der «EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum»⁵ (2021) sollen die regelbasierte internationale Ordnung und die Wirtschaftspartnerschaften, insbesondere mit Indien, Indonesien, Japan und Südkorea, gestärkt werden.

Aufgrund des wachsenden Einflusses Chinas und der sicherheitspolitischen Verbindungen zwischen Osteuropa und Asien schenkt auch die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) dem indopazifischen Raum immer mehr Aufmerksamkeit, obwohl die Region nicht zu ihrem traditionellen Aktionsradius gehört. Die NATO intensiviert ihre Zusammenarbeit mit regionalen Partnern, was sich unter anderem daran zeigt, dass der japanische Premierminister und der südkoreanische Präsident seit 2022 an den jährlichen NATO-Gipfeln teilnehmen.

Infolge des Kriegs gegen die Ukraine hat Russland seine Beziehungen zu Asien, insbesondere China und Indien, ausgebaut, um diplomatische Unterstützung zu erhalten und den Rückgang des Handels mit Europa auszugleichen. Peking und Neu-Delhi haben es bislang vermieden, die russische Invasion zu verurteilen, und fordern eine friedliche Lösung des Konflikts. Mit einem Abkommen über eine umfassende strategische Partnerschaft, das eine Klausel über gegenseitige

4 Aussenministerium der Vereinigten Staaten (2022): [The Indo-Pacific Strategy](#).

5 Europäischer Auswärtiger Dienst (2021): [EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum](#).

militärische Unterstützung enthält, erzielte Russland 2024 zudem eine Annäherung an Nordkorea.

In Asien strebt die Vereinigung südostasiatischer Länder (ASEAN) eine führende Rolle bei der Wahrung einer friedlichen und stabilen Ordnung an. Die Strategie «ASEAN Outlook on the Indo-Pacific»⁶ bekräftigt dieses Vorhaben und legt den Schwerpunkt auf die Konsensfindung. Dieser Ansatz trägt zwar zur regionalen Stabilität bei, schränkt bisweilen jedoch die Handlungsfähigkeit der ASEAN ein.

Die 2013 von China ins Leben gerufene «Belt and Road»-Initiative (BRI) soll durch Infrastrukturen, Handel und Finanzintegration die globale wirtschaftliche Konnektivität verbessern. China stellt die BRI als inklusiv dar, verfolgt damit jedoch vor allem das Ziel, seine Versorgung sicherstellen und seinen wirtschaftlichen Einfluss zu vergrössern. Im Jahr 2019 unterzeichneten die Schweiz und China in diesem Rahmen ein wirtschaftliches und finanzielles Memorandum of Understanding zur Kooperation in Drittmärkten. Indonesien ist ein wichtiger BRI-Partner, während Indien, Japan und Südkorea der Initiative bislang nicht beigetreten sind.

Seit Januar 2025 gehört Indonesien den BRICS-Staaten an, zu denen unter anderem auch China und Indien zählen. Die BRICS-Gruppe ist eine informelle Vereinigung für zwischen-

staatliche Zusammenarbeit, die sich aus grossen aufstrebenden Volkswirtschaften mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen zusammensetzt. Die BRICS wollen eine multipolare Ordnung fördern und das Gleichgewicht der globalen Wirtschaftsgouvernanz verändern, um eine Alternative zum System zu bieten, das vor allem in den westlichen Ländern vorherrscht.

3.2 Regionale Trends

Sicherheit

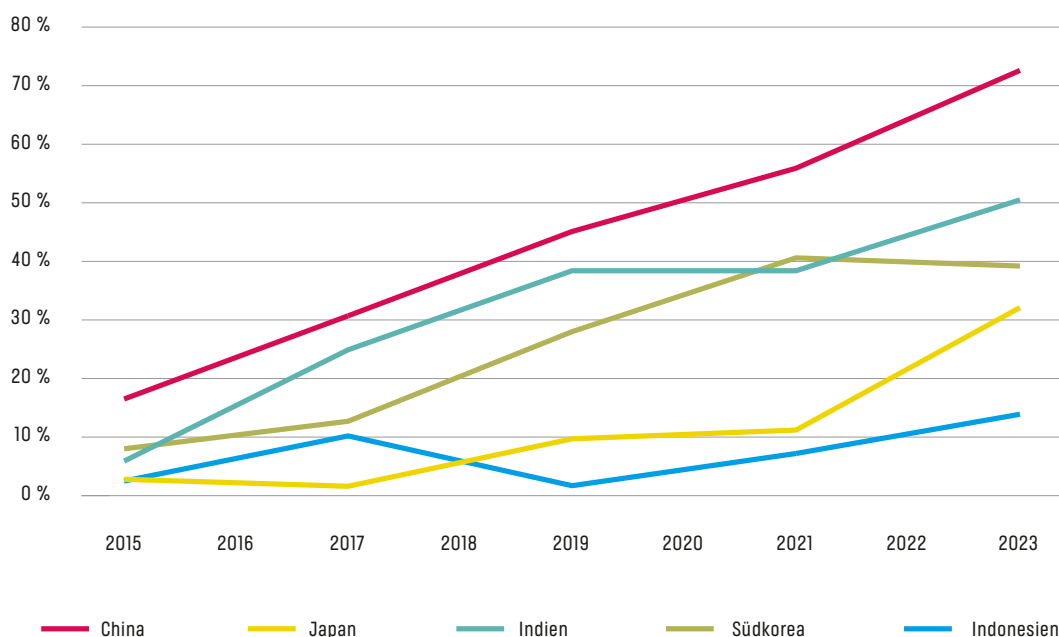
Die weltweit volatile Sicherheitslage wird durch den Krieg gegen die Ukraine und die Gefahr erneuter Gewaltausbrüche im Nahen Osten zusätzlich verschärft. Die vorliegende Strategie nennt drei Spannungsfelder in Asien, die die globale Sicherheitsordnung erschüttern könnten.

Das erste ist Nordkorea, dessen nukleare und ballistische Programme eine existenzielle Bedrohung für Südkorea und Japan darstellen. Mit dem Abfeuern von Raketen verstösst Pjöngjang gegen die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates und erhöht das Eskalationsrisiko. Auch die militärische Annäherung zwischen Russland und Nordkorea gibt aufgrund der zunehmenden sicherheitspolitischen Wechselwirkungen zwischen der Ukraine und Ostasien Anlass zu tiefer Besorgnis.

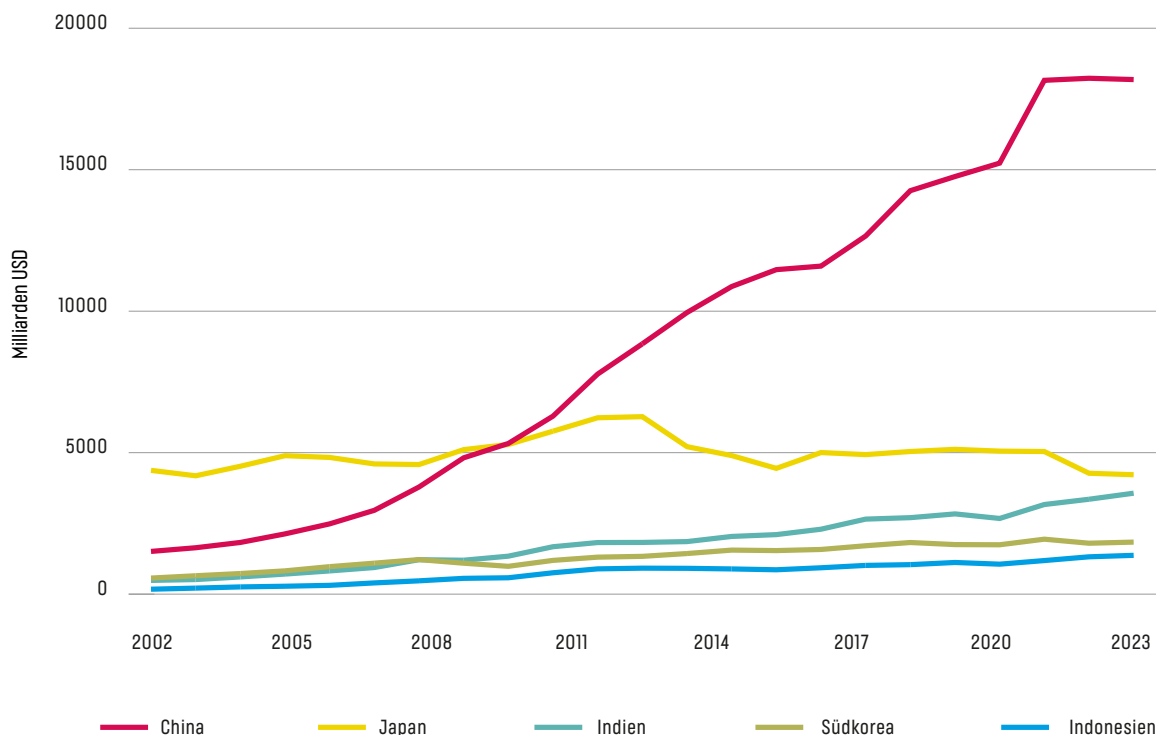
⁶ ASEAN (2019): [ASEAN Outlook on the Indo-Pacific](#).

⁷ Die SIPRI-Daten zu China umfassen auch Hongkong und Macao, nicht aber Taiwan (Chinesisches Taipei).

Grafik 3: Entwicklung der Militärausgaben nach Land, 2013–2023, in Prozent (Quelle: [SIPRI](#))⁷



Grafik 4: Entwicklung des nominalen BIP nach Land, 2001–2022, in Milliarden USD (Quelle: IWF)



Das zweite Spannungsfeld betrifft die Kriegsrhetorik und die zunehmenden Militärübungen Chinas rund um Taiwan. Ein Konflikt in dieser Region hätte beispiellose Auswirkungen auf die globalen Wertschöpfungsketten.

Als drittes Feld ist das Südchinesische Meer zu nennen, wo die bestehenden Spannungen durch konkurrierende Gebietsansprüche, die Militarisierung der Region, den zunehmenden Druck Chinas durch Aktivitäten in der Grauzone sowie strategische Anliegen zur freien Schifffahrt zusätzlich verschärft werden.

Darüber hinaus bestehen nach wie vor verschiedene Grenzstreitigkeiten im Ostchinesischen Meer sowie entlang der umstrittenen Grenzen zwischen Indien und Pakistan sowie zwischen Indien und China. Diese Streitigkeiten erhöhen die Komplexität der Sicherheitslage in Asien und das Risiko unvorhergesehener Krisen.

Zwischen 2013 und 2023 sind die Militärausgaben weltweit um 27 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum verzeichnete China eine Zunahme der Militärausgaben um knapp 75 Prozent auf insgesamt 309,5 Milliarden USD und Indien um 50 Prozent auf insgesamt 83,3 Milliarden USD. Die zusätzlichen Militärausgaben zeigen, dass China und Indien ihren weltweiten Einfluss erhöhen und ihre Streitkräfte modernisieren wollen.

Japan hat seine Militärausgaben im gleichen Zeitraum lediglich um rund 30 Prozent erhöht. Im Dezember 2022 hat es jedoch

eine neue Sicherheitsdoktrin verabschiedet, die Kapazitäten für Gegenschläge beinhaltet und vorsieht, die Ausgaben in Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit bis 2027 auf 2 Prozent des BIP anzuheben. Südkorea hat sich seinerseits zum achtgrößten Waffenexporteur der Welt entwickelt und seine Rolle in der Rüstungsindustrie ausgebaut.

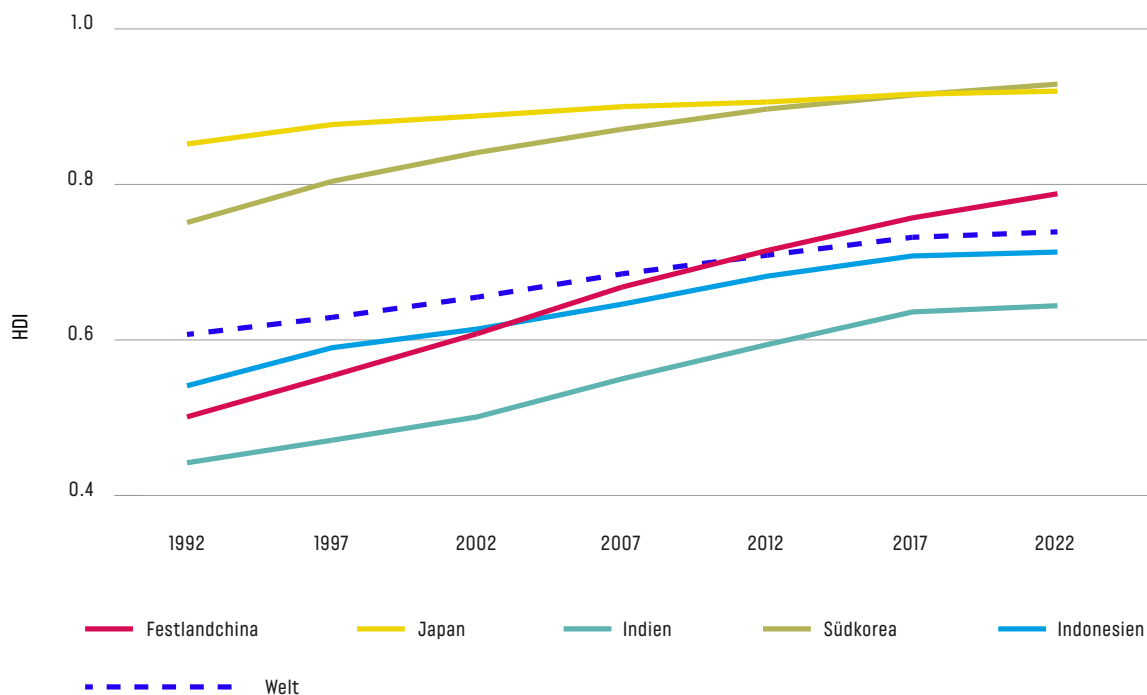
Im Bereich der Cybersicherheit verfolgen die fünf Länder dieser Strategie unterschiedliche Ansätze. Südkorea und Japan treten für einen friedlichen und regelbasierten Cyberspace ein, um ein offenes, sicheres und für alle zugängliches Internet zu gewährleisten. Demgegenüber setzen China und Indien auf eine stärkere staatliche Intervention und Kontrolle des digitalen Bereichs.

Wirtschaft

Im Jahr 2000 entfielen 22 Prozent des weltweiten BIP auf die fünf asiatischen G20-Länder. 2025 lag dieser Wert bei 32 Prozent. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf China zurückzuführen. Bei den G7-Staaten insgesamt ist der Anteil am BIP im gleichen Zeitraum von 65 auf rund 35 Prozent gesunken.

Auch andere Indikatoren, wie der Index der menschlichen Entwicklung (HDI), widerspiegeln den beeindruckenden Aufstieg der in dieser Strategie enthaltenen Länder. Der HDI, der die Lebenserwartung, die Dauer der Ausbildung und das Bruttonationaleinkommen pro Kopf berücksichtigt,

Grafik 5: Entwicklung des HDI nach Land, 1992–2022 (Quelle: [Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen](#))



zeigt bei vier der Länder (mit Ausnahme Japans) einen deutlichen Anstieg. Zwischen 1992 und 2022 verzeichneten diese Länder eine Zunahme des HDI von 0,49 auf 0,72⁸, was im Vergleich zum weltweiten Durchschnitt, der im gleichen Zeitraum von 0,60 auf 0,74⁹ anstieg, einem deutlichen Fortschritt entspricht.

Der asiatisch-pazifische Raum erlebt eine zunehmende wirtschaftliche Integration. Zwar gibt es Anzeichen für eine sektorale Fragmentierung, diese ist jedoch eher auf geopolitische als auf regionale Grenzen zurückzuführen. Als Reaktion auf geopolitische Unsicherheiten unterzeichnen viele Staaten Freihandelsabkommen, beispielsweise die Umfassende regionale Wirtschaftspartnerschaft (RCEP) oder die Umfassende und fortschrittliche Vereinbarung über eine transpazifische Partnerschaft (CPTPP). Die ASEAN und das Asia-Pacific Economic Cooperation Forum (APEC) spielen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle. Asien – insbesondere die Staaten, die der G20 angehören – ist für die globalen Wertschöpfungsketten von entscheidender Bedeutung, wobei China in der Industrieproduktion dominiert. China, Japan und Indien sind die zweit-, viert- bzw. fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt.

Aufgrund der geopolitischen Spannungen versuchen viele Länder, ihre Abhängigkeit von chinesischen Lieferanten zu reduzieren, und erwägen, bestimmte Wirtschaftsaktivitäten zu verlagern, beispielsweise nach Indien und Südostasien. Japan hingegen behält China als wichtigsten Handelspartner bei, diversifiziert aber seine Lieferketten, um weniger abhängig zu sein.

Für Produktionsprozesse mit hohem Arbeitskräftebedarf scheinen sich Indien und Indonesien als Alternativen zu China anzubieten. Indien profitiert mit einem prognostizierten jährlichen Wirtschaftswachstum von 6,5 Prozent zwischen 2024 und 2031¹⁰ von der sogenannten «China Plus One»-Strategie¹¹. Indonesien wiederum spielt insbesondere aufgrund seiner natürlichen Ressourcen, die für die globale Energiewende von entscheidender Bedeutung sind, eine strategische Rolle in den Lieferketten.

⁸ Bevölkerungsgewichteter Durchschnitt.

⁹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (2022): [Index der menschlichen Entwicklung](#).

¹⁰ Vgl. Datenbank des Internationalen Währungsfonds: [IMF DATAMAPPER](#).

¹¹ Die Handelsstrategie «China Plus One» setzt auf eine Diversifizierung der Lieferketten und soll verhindern, dass nur in China investiert wird.

Bildung, Forschung und Innovation

Die fünf asiatischen G20-Länder nehmen eine Schlüsselposition in der globalen Forschung und Innovation ein. China, Indien, Japan und Südkorea verzeichnen steigende Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E).

China weist einen F&E-Anteil von 2,6 Prozent des BIP und Südkorea von 5,2 Prozent des BIP auf. Das widerspiegelt ihre Bemühungen, eine führende Rolle in der Technologie einzunehmen. Japan wendet 3,4 Prozent seines BIP für F&E auf und spezialisiert sich in Bereichen wie der Robotik und der Elektronik. In Indien liegt der F&E-Anteil mit 0,7 Prozent des BIP zwar etwas tiefer, in absoluten Zahlen verzeichnet das Land aber dennoch einen erheblichen Anstieg. Mit einem F&E-Anteil von lediglich 0,3 Prozent des BIP bildet Indonesien das Schlusslicht.¹²

China vereint 47 Prozent der weltweiten Patentanmeldungen und 21 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf sich.^{13 14}

In den letzten zehn Jahren sind die fünf Länder der Strategie in der Rangliste des Globalen Innovations-Index (GII) der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) nach oben gestiegen. Der GIi berücksichtigt unter anderem wissenschaftliche Publikationen, das Risikokapital, die

technologische Infrastruktur und die Anzahl der Ingenieurinnen und Ingenieure.

In China konzentriert sich die Forschung auf strategische Bereiche wie künstliche Intelligenz (KI), Halbleiter und Quantentechnologien. Auch Japan und Südkorea bauen ihre Fähigkeiten im Bereich der technologischen Souveränität aus. Japan pflegt über sein ASPIRE-Programm¹⁵ internationale Kooperationen bei Themen wie KI, Energie und Quantenwissenschaft. Südkorea ist auf angewandte Forschung ausgerichtet und investiert in Schlüsselbereiche wie Metaversum und Biotechnologie.

Erwähnenswert ist zudem, dass Japan und Südkorea ihre trilaterale Zusammenarbeit mit den USA verstärken. Schwerpunkte sind Spitzentechnologien wie die Raumfahrt, KI und die Behandlung von Krebs.

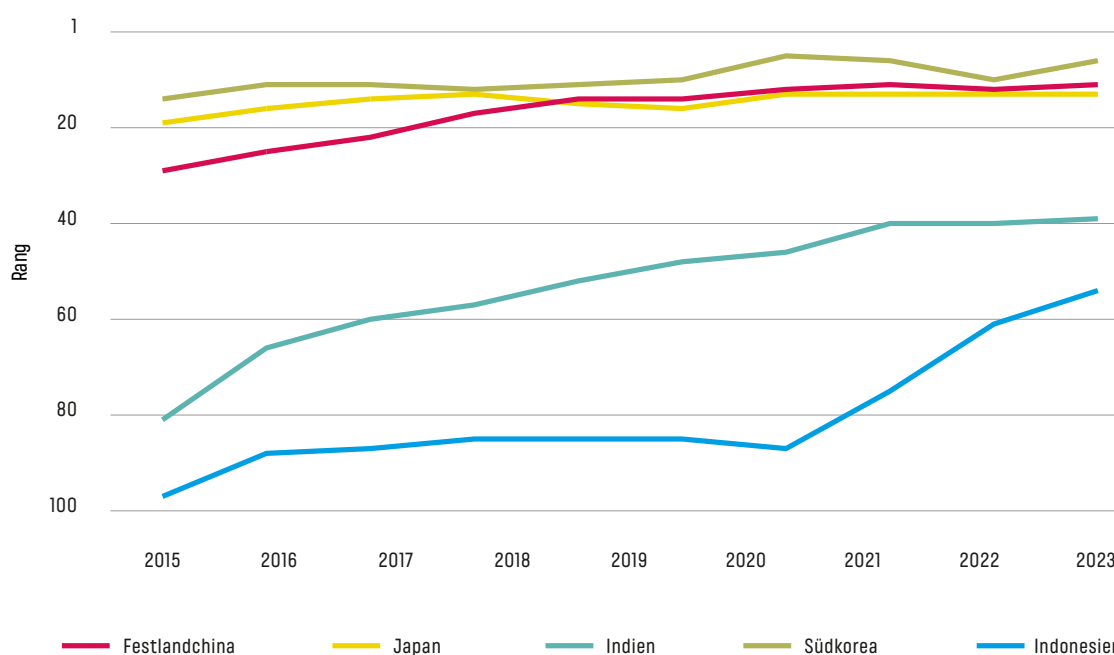
¹² Vgl. Datenbank der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur: [UNESCO UIS Statistics](#).

¹³ Weltorganisation für geistiges Eigentum (2023): [WIPO IP Facts and Figures 2023](#).

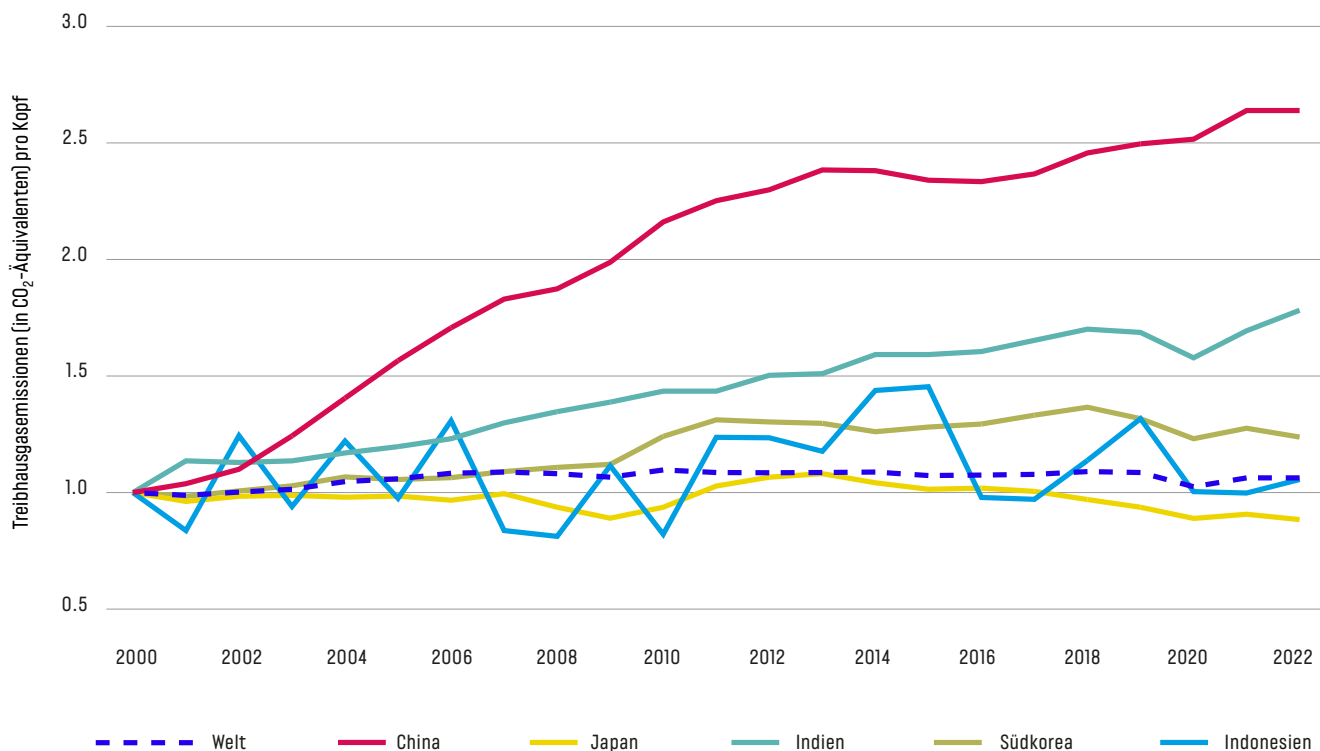
¹⁴ Scimago Journal & Country Rank (2023): [Country Rankings](#).

¹⁵ Adopting Sustainable Partnerships for Innovative Research Ecosystem.

Grafik 6: Rang der fünf Länder der Strategie im Globalen Innovations-Index der WIPO, 2015–2024 (Quelle: [WIPO](#))



Grafik 7: Entwicklung der Treibhausgasemissionen (in CO₂-Äquivalenten) pro Kopf in den von der Strategie betroffenen Ländern, Zeitraum 2000–2022 (Quelle: [Climate Watch](#)). Die Emissionen wurden auf ihren Wert im Jahr 2000 normiert.



Energie und Klima

In Asien führen die wenig nachhaltigen Entwicklungsmodelle zu hohen Umweltkosten. Bei den derzeitigen Emissionswerten würde allein Asien das globale Kohlenstoffbudget, das bis 2040 noch mit dem Ziel des Übereinkommens von Paris von 1,5°C vereinbar ist, aufbrauchen. Um das Ziel des Übereinkommens von Paris zu erreichen, ist es daher entscheidend, dass sich die fünf Länder dieser Strategie an den globalen Bemühungen zur Emissionsreduktion beteiligen.

Die fünf Länder sind für fast 45 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Allein China sind 30 Prozent der globalen Emissionen zuzuschreiben, während 8 Prozent auf das Konto von Indien gehen.¹⁶

Die meisten Emissionen dieser Länder verursachen die Strom- und die Wärmeproduktion. In Indien werden 75 Prozent des Stroms aus Kohle gewonnen, in Indonesien und China liegt der Anteil bei 70 bzw. 60 Prozent. In Japan und Südkorea machen Kohle und Erdgas jeweils ein Drittel der Stromerzeugung aus. Allerdings nehmen die erneuerbaren Energien zu: In China wird ein Drittel des Stroms aus erneuerbaren Quellen

gewonnen, in Indien und Japan sind es rund 25 Prozent. Indonesien und Südkorea bilden mit knapp 10 Prozent das Schlusslicht.¹⁷ Am G20-Gipfel 2023 sicherten die Mitgliedsstaaten zu, ihren Anteil aus erneuerbaren Quellen bis 2030 zu verdreifachen – ein Versprechen, das an der 28. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über die Klimaänderungen bekräftigt wurde.

Trotz dieser Fortschritte unternehmen die G20-Länder immer noch zu wenig, um die globalen Klimaziele zu erreichen. China strebt eine Stabilisierung seiner Emissionen an, während die Emissionen Indiens nach 2030 weiter steigen dürften. In Indonesien steigert der Bau von Kohlekraftwerken die Emissionen zusätzlich. In Japan und in Südkorea bremsen Bedenken hinsichtlich der Energiesicherheit den bis 2050 angestrebten Übergang zur Klimaneutralität.

¹⁶ Emissions Database for Global Atmospheric Research (2024): [GHG emissions of all world countries – JRC/IEA 2024 Report](#).

¹⁷ Our World in Data (2024): [Electricity Mix: Explore data on where our electricity comes from and how this is changing](#).

Demografie und Migration

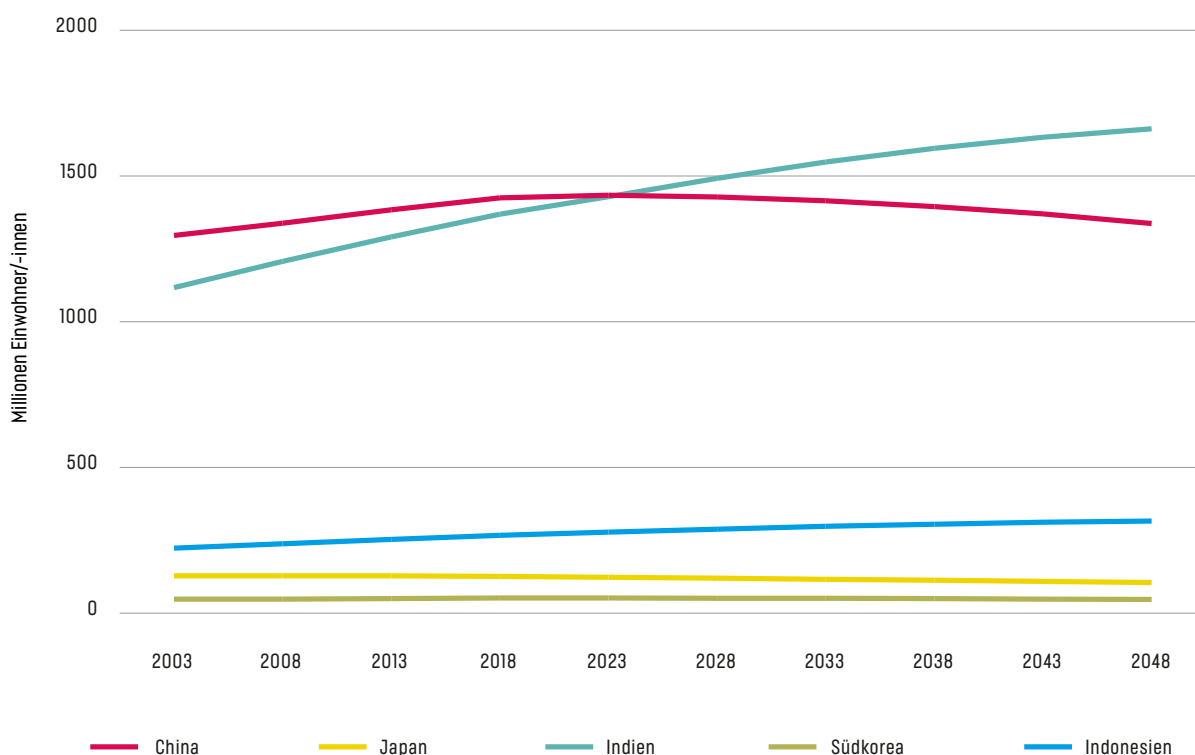
In den asiatischen G20-Ländern leben rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Ein Drittel der Menschheit entfällt auf China und Indien. Trotz unterschiedlicher Bevölkerungsdynamiken werden diese Länder auch nach 2050 noch zu den bevölkerungsreichsten Staaten gehören. In China, Japan und Südkorea geht die Bevölkerung zurück, während sie in Indien und Indonesien bis 2040 noch um 7 bzw. 4,5 Prozent zunehmen dürfte.¹⁸ Diese Trends wirken sich auch auf die Bevölkerungsstruktur aus, mit tendenziell älteren Menschen in China, Japan und Südkorea und einer jüngeren Bevölkerung in Indien und Indonesien.

Die Migrationsbewegungen widerspiegeln diese Unterschiede. Diese Länder sind historisch gesehen wenig offen für Einwanderung, wobei China, Indien und Indonesien einen negativen Wanderungssaldo aufweisen. Japan und Südkorea ziehen zwar Migrantinnen und Migranten an, die Einwanderung reicht jedoch nicht aus, um den alterungsbedingten Arbeitskräftemangel auszugleichen. Der Ausländeranteil bleibt niedrig: In Japan und Südkorea liegt er zwischen 2 und 4 Prozent, in China, Indien und Indonesien unter 1 Prozent.¹⁹ Gleichzeitig ist die Auswanderung von Bedeutung: Indien verfügt mit 18 Millionen Menschen über die grösste Diaspora der Welt und es leben 10,7 Millionen Chinesinnen und Chinesen im Ausland.²⁰

¹⁸ Vgl. Datenbank des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen: [UNFPA Population Data Portal](#).

¹⁹ United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2020): [International Migrant Stock 2020: Destination and Origin](#).
²⁰ Ebd.

Grafik 8: Bevölkerungsentwicklung nach Land, in Millionen Einwohner/-innen, 2003–2048, Erhebungen und Projektionen (Quelle: [UNFPA](#))



4 Schweizer Interessen

Die Aussenpolitik der Schweiz basiert auf den in der Bundesverfassung verankerten Interessen und Werten. Bei der Wahrung dieser Interessen und Werte ist der Beziehungspflege zu den fünf asiatischen G20-Ländern besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da diese in den Bereichen Handel, Sicherheit, Innovation, technologische Entwicklung, Bekämpfung des Klimawandels und Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle spielen.

4.1 Frieden und Sicherheit

Asien steht zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen gegenüber, insbesondere auf der koreanischen Halbinsel, rund um die Strasse von Taiwan und im Südchinesischen Meer. Eine Eskalation in diesen neuralgischen Regionen könnte verheerende humanitäre Folgen und schwerwiegende Auswirkungen auf die regionale und globale Stabilität, die menschliche Sicherheit und den globalen Wohlstand haben.

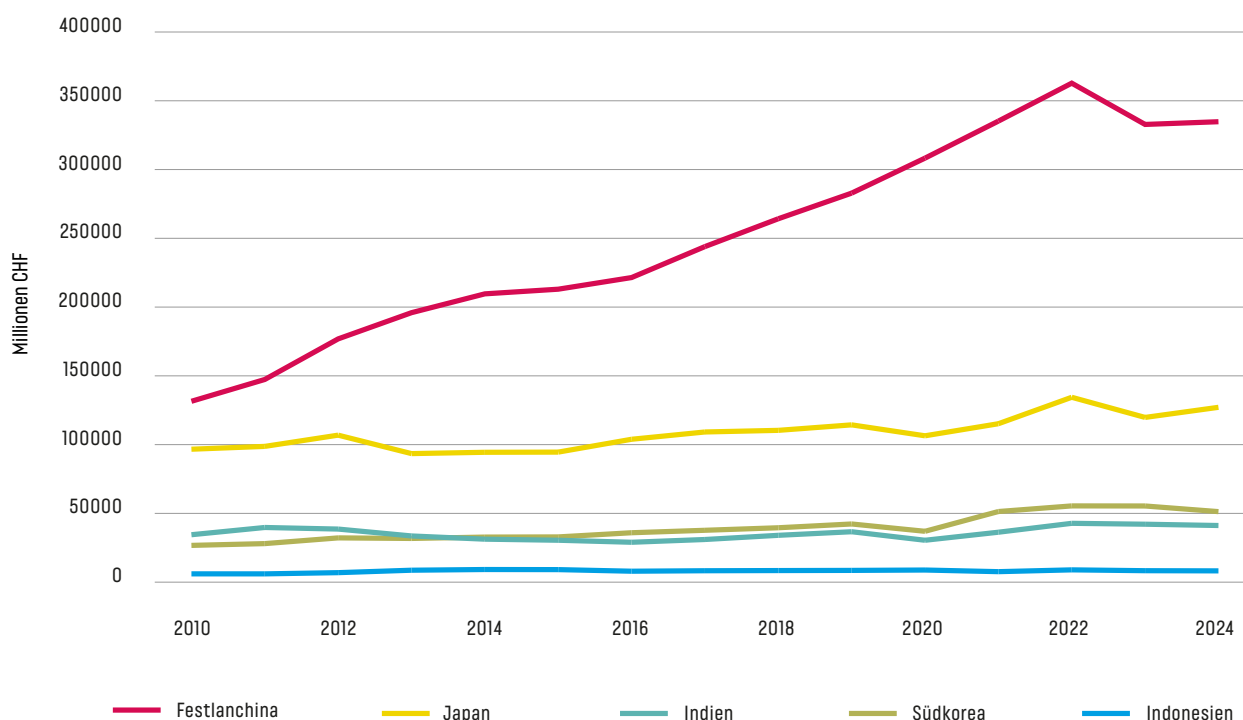
Die Schweiz verfolgt diese Entwicklungen mit besonderer Aufmerksamkeit, auch wegen ihrer potenziellen Auswirkungen

auf die globalen Lieferketten, in denen die Strasse von Taiwan eine Schlüsselrolle spielt. Die Verflechtung von Krisen, wie sie im Fall der sicherheitspolitischen Wechselwirkungen zwischen der Ukraine und Ostasien zu beobachten ist, verschärft die Risiken. Andere Differenzen, wie der Grenzkonflikt zwischen China und Indien, der im Jahr 2020 Todesopfer forderte, werfen ein Schlaglicht auf die Fragilität der bilateralen Beziehungen in der Region.

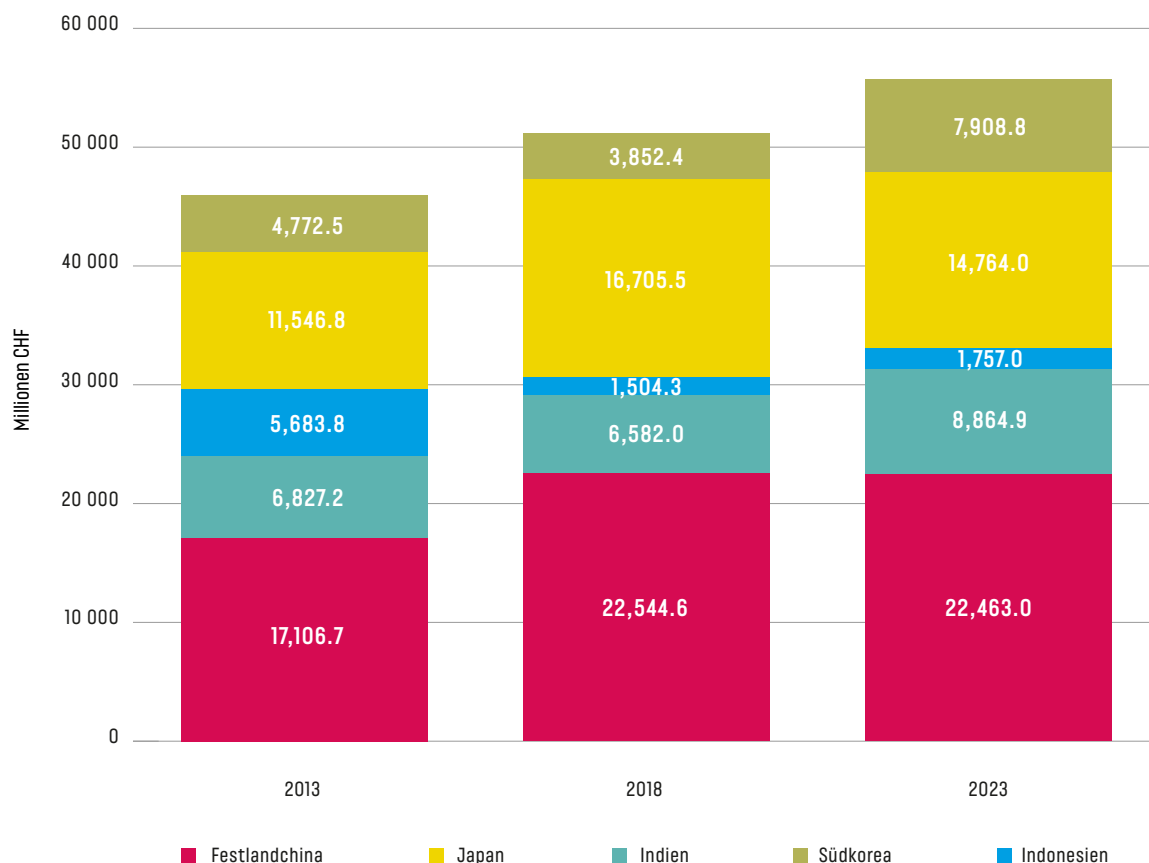
Die Schweiz setzt sich in ihrer Aussenpolitik für grundlegende Prinzipien wie die Achtung des Völkerrechts, territoriale Souveränität und friedliche Streitbeilegungsmechanismen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen ein. Sie nimmt ihre Rolle als neutraler Staat wahr, indem sie den Dialog fördert und ihre Guten Dienste anbietet, um konstruktive Gespräche zwischen den Parteien zu erleichtern.

Zu den Anstrengungen der Schweiz in diesen Bereichen gehören insbesondere die Teilnahme an der Neutralen Überwachungskommission (Neutral Nations Supervisory Commission, NNSC) in Korea und die Organisation einer jährlichen Rundtischkonferenz über die Sicherheitslage in Nordostasien.

Grafik 9: Entwicklung des Aussenhandels zwischen der Schweiz und den asiatischen G20-Ländern, 2006–2023, in Mio. CHF (ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine; Quelle: BAZG)



Grafik 10: Entwicklung der Schweizer Direktinvestitionen in den fünf Ländern der Strategie, 2013–2023, in Mio. CHF (Quelle: [SNB](#))



Angesichts der zunehmenden Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen und der Proliferation konventioneller Waffen setzt sich die Schweiz zudem aktiv für eine Stärkung der Rüstungskontrollarchitektur und gegen den destabilisierenden Einsatz ziviler Technologien für militärische Zwecke ein.

4.2 Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Die vorliegende Strategie steht im Einklang mit der Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz, die auf die Förderung eines regelbasierten Freihandels, eine Diversifizierung der Märkte und die Stärkung des wirtschaftlichen Multilateralismus abzielt. Die Schweiz ist stark in die globale Wirtschaft integriert und hat Zugang zu vielen Märkten, was ihre Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten stärkt.

China ist nach der EU und den USA der drittwichtigste Handelspartner der Schweiz, während Japan, Südkorea und Indien zu den zehn wichtigsten Handelspartnern gehören. Indonesien folgt an 28. Stelle. Zwischen 2000 und 2023 stieg der Anteil der asiatischen G20-Länder am Schweizer

Aussenhandel von 8 auf 13 Prozent²¹, und China und Japan sind wichtige Empfänger von Schweizer Direktinvestitionen im Ausland.²²

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Entwicklungen baut die Schweiz ihre Partnerschaften mit den asiatischen G20-Staaten aus, um bestmögliche Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaftsakteure zu sichern. Sie hat als einziges europäisches Land ein Freihandelsabkommen (FHA) mit diesen fünf Ländern abgeschlossen und strebt eine Modernisierung der bestehenden Abkommen mit Südkorea und China an, um den Entwicklungen und Standards des Welthandels, einschliesslich der nachhaltigen Entwicklung, besser Rechnung zu tragen und so die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen auf diesen Märkten zu erhöhen.

Im Rahmen ihrer Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik legt die Schweiz einen besonderen Schwerpunkt auf den Multilateralismus, indem sie auf internationale Lösungen hinwirkt und sich aktiv an Gremien wie der Welthandelsorganisation

²¹ Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit: [Aussenhandelsstatistik: Daten](#).

²² Schweizerische Nationalbank: [Schweizerische Direktinvestitionen im Ausland – Kapitalart, Sektoren und Branchen](#).

(WTO), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beteiligt. Dazu gehört auch die Förderung gleicher Wettbewerbsbedingungen für den Privatsektor in den Bereichen Handel, Klima und Digitalisierung.

Gemäss ihrer [Internationalen Strategie im Bereich Bildung, Forschung und Innovation](#) will die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit den Asien-G20-Ländern in diesen Themenfeldern verstärken. Mit Ausnahme Indonesiens bestehen Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit, wobei Bereiche wie Quantenwissenschaft und Biotechnologie Priorität haben. Im Falle Indiens sind insbesondere nachhaltige Entwicklung und Gesundheit vielversprechende Themen, die von bilateralen Ausschüssen unterstützt werden, um Fortschritte zu bewerten und die Zusammenarbeit zu optimieren.

Das Swissnex-Netzwerk ist mit einer Präsenz in China, Indien, Japan und Südkorea besonders aktiv in dieser Weltregion, um die Position der Schweiz als globaler Innovationsstandort zu stärken und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit im BFI-Bereich zu schaffen.

Was die nachhaltige Entwicklung betrifft, sind Schweizer Akteure im Bereich der Modernisierung der Infrastruktur in Asien tätig, insbesondere in China, Indien, Japan und Südkorea, wo sich Marktchancen für Schweizer Technologien bieten. Indonesien ist ein Schwerpunktland der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO, das insbesondere zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, des Tourismus und der erneuerbaren Energien beiträgt.

Die asiatischen G20-Länder engagieren sich zunehmend in der internationalen Zusammenarbeit. Ihre Entwicklungsagenturen sind nicht nur im asiatischen Raum, sondern immer häufiger auch auf dem afrikanischen Kontinent tätig. Die Schweiz strebt deshalb eine Erweiterung ihrer internationalen Zusammenarbeit durch Kooperation mit den Entwicklungsagenturen der asiatischen G20-Staaten an. In Betracht gezogen werden gemeinsame Initiativen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Klimaschutz, Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz.

4.3 Umwelt

Die Schweiz verstärkt ihre multilaterale und zwischenstaatliche Zusammenarbeit als Reaktion auf die Dreifachkrise des Planeten – Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt und Umweltverschmutzung. Die fünf Länder dieser Strategie spielen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung globaler Lösungen in diesen Bereichen.

Entsprechend der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 stehen in den Umweltbemühungen der Schweiz in Asien die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an dessen Auswirkungen im Vordergrund, insbesondere in den Bereichen Wasser- und Energiemanagement, Ernährungssicherheit und Katastrophenvorsorge.

Speziell engagiert ist die Schweiz auf letzterem Gebiet in Indonesien, das besonders stark durch Klimakatastrophen gefährdet ist. Indonesien leidet unter dem steigenden Meeresspiegel sowie Stürmen und Dürren, die die Infrastruktur und die Ernährungssicherheit bedrohen. In Indien beeinträchtigen Hitzewellen, Wirbelstürme und Überschwemmungen die Wasserressourcen und die Landwirtschaft. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen Indien und Indonesien ihre Anpassungsstrategien verstärken. Hier kann die Schweiz ihr Fachwissen einbringen, beispielsweise in den Bereichen resiliente Raumentwicklung und Frühwarnsysteme.

Bei internationalen Klimaverhandlungen arbeitet die Schweiz mit Japan sowie innerhalb der Environmental Integrity Group eng mit Südkorea zusammen, um einen starken multilateralen Rahmen zu schaffen. Sie ermutigt China und Indien, ihre Anstrengungen zur Erreichung des Ziels der CO₂-Neutralität bis 2050 zu verstärken und zur Klimafinanzierung beizutragen.

Mit Indonesien hat die Schweiz ein FHA unterzeichnet, das Zollrabatte für nachhaltiges Palmöl vorsieht und eine Regelung zur Überwachung und zum Schutz der Wälder und Ökosysteme enthält.

Zur Bekämpfung der Plastikverschmutzung beteiligt sich die Schweiz zusammen mit Japan und Südkorea an der High Ambition Coalition to End Plastic Pollution, die ein verbindliches Instrument zur Beendigung der Plastikverschmutzung bis 2040 anstrebt.

4.4 Demokratie und Gouvernanz

Die Schweiz setzt sich für die Stärkung der demokratischen Resilienz und den Schutz demokratischer Institutionen und Verfahren ein, insbesondere in Regionen der Welt, wo diese bedroht sind. Im Rahmen ihrer Demokratiediplomatie unternimmt sie Anstrengungen, um jedem Zurückdrängen der Demokratie entgegenzuwirken, indem sie zwischenstaatliche und Multi-Stakeholder-Dialoge fördert, ein überzeugendes demokratisches Narrativ vertritt und positive demokratische Entwicklungen unterstützt.

Ausserdem fördert die Schweiz die institutionellen und sozialen Voraussetzungen für die Stärkung der demokratischen Resilienz. Damit fördert sie auch die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit, die für die Vitalität demokratischer Gesellschaften unerlässlich sind. Diese beiden Konzepte ergänzen und verstärken sich gegenseitig und erfüllen eine entscheidende Kontrollfunktion. Die Menschenrechte sind universell und gelten unabhängig vom jeweiligen Regierungssystem.

Einige der asiatischen G20-Länder haben demokratische Formen der Staatsführung und gehören zu den stabilsten Demokratien der Welt. Im Hinblick auf die Stärkung der demokratischen Resilienz sind diese Länder von besonderem Interesse für die Demokratiediplomatie der Schweiz. Die Schweiz unterstützt bilaterale und multilaterale Dialogplattformen,

wie den regelmässigen Austausch mit Ländern wie Indonesien und Südkorea, sowie regionale Foren wie das Bali-Demokratieforum.

Die Menschenrechtslage in den asiatischen G20-Ländern ist unterschiedlich. Einige Länder achten und fördern die Menschenrechte, in anderen wird der demokratische Handlungsspielraum immer stärker eingeschränkt. In diesen Ländern laufen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger Gefahr, verfolgt, inhaftiert oder an Leib und Leben bedroht zu werden. Die Rechte ethnischer, sprachlicher und religiöser Minderheiten werden häufig verletzt. Die Todesstrafe ist in allen fünf Ländern erlaubt. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Zugang zu unabhängigen Gerichten sind in vielen Regionen eingeschränkt. Pressefreiheit und der Zugang zur Justiz sind für eine funktionierende Demokratie unerlässlich.

Die Menschenrechtsdiplomatie der Schweiz konzentriert sich auf China, Indien und Indonesien, wo weiterhin unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf Menschenrechte und deren Schutz bestehen. Die Schweiz setzt sich für die Meinungsäusserungsfreiheit, die Abschaffung der Todesstrafe, das Verbot von Folter und den Schutz von Minderheiten ein. Die Berücksichtigung der Menschenrechte bei allen bilateralen und multilateralen Aktivitäten hat sich in der Praxis bewährt. Die Vertretungen vor Ort spielen dabei eine Schlüsselrolle, indem sie diese Themen regelmässig mit den Behörden des Gastlandes besprechen, mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und innenpolitische Reformen unterstützen. Durch die Koordination mit gleichgesinnten Partnern kann die Schweiz wirksamer handeln.

5 Multilateralismus

Der Multilateralismus ist für die Länder dieser Strategie von entscheidender Bedeutung. Jedes Land ist bestrebt, durch seine Aktivitäten in multilateralen Foren die internationale Ordnung zu gestalten. Die Schweiz tritt für eine regelbasierte internationale Ordnung ein, die durch effiziente multilaterale Institutionen unterstützt wird, und fördert Lösungen für globale Herausforderungen unter Einhaltung des Völkerrechts, einschliesslich der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Als Mitglied des UNO-Menschenrechtsrates im Zeitraum 2025–2027 tritt sie für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein, insbesondere in der Region, die durch diese Strategie abgedeckt wird. Dabei soll die Zusammenarbeit mit China, Indien, Indonesien, Japan und Südkorea gestärkt werden.

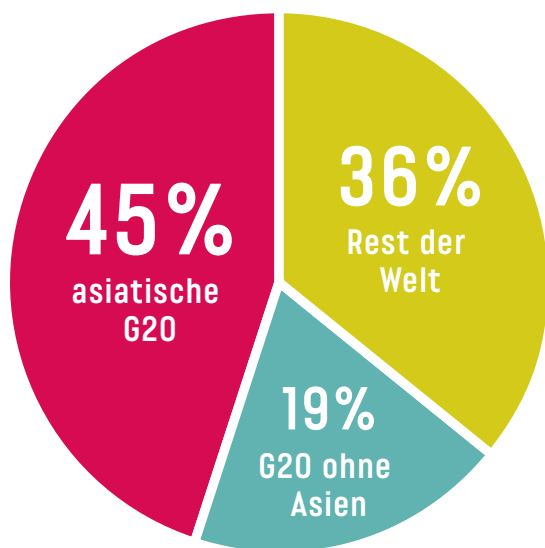
China nutzt den Multilateralismus zur Förderung seines wirtschaftlichen Wohlstands und seiner Werte. Durch Initiativen wie die BRI und die Global Development Initiative tritt es für eine multipolare Welt ein und beeinflusst gleichzeitig internationale Standards, insbesondere im Bereich

der Menschenrechte. Als wichtiger Akteur in Foren wie der Shanghai Cooperation Organization, der G77 und den BRICS-Staaten positioniert es sich als Fürsprecher der Länder des Südens.

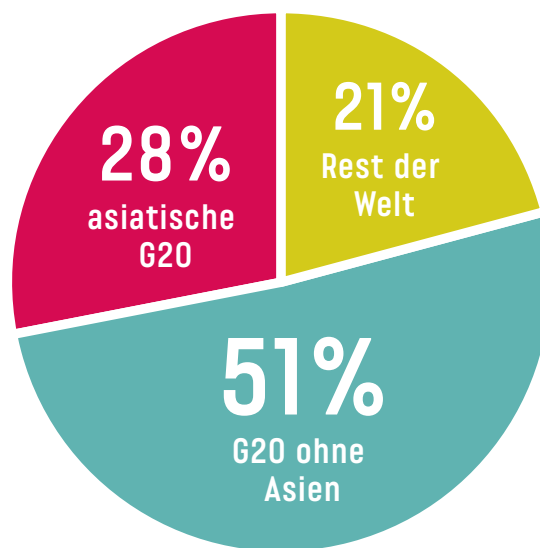
Indien präsentiert sich als ausgleichende Macht in einer multipolaren Welt. Als aktives Mitglied der G20, der G77 und der BRICS-Staaten setzt es auf Dialog und Kooperation und positioniert sich gleichzeitig als Klimaschützer und Fürsprecher der Länder des Südens.

Indonesien macht sich als einflussreiches Mitglied der ASEAN und einziges Mitglied der G20 in Südostasien für die regionale Zusammenarbeit stark und diversifiziert seine Partnerschaften. Anfang 2025 trat Indonesien den BRICS-Staaten bei. Ausserdem strebt das Land durch die Organisation von Gipfeltreffen wie das Bali-Demokratieforum eine globale Rolle an und verhandelt derzeit über seinen Beitritt zur OECD.

Grafik 11: Anteile der G20-Länder (innerhalb und ausserhalb Asiens) an der Weltbevölkerung und am globalen BIP im Jahr 2023 (Quelle: [IWF](#) und [UNFPA](#))



Anteil der Weltbevölkerung



Anteil am globalen BIP

Japan tritt für eine regelbasierte internationale Ordnung ein. Es stärkt seine Beziehungen zu Südostasien, insbesondere durch Investitionen in die Entwicklung der ASEAN-Länder. Japan strebt die Konsolidierung der Rolle der G7 angesichts globaler Herausforderungen wie der Wirtschaftssicherheit und des Klimawandels an.

Südkorea setzt sich für internationale Normen für die friedliche Konfliktlösung ein. Es engagiert sich für staatliche Souveränität, Nichteinmischung und Menschenrechte und fördert die Erarbeitung von Standards in Zukunftssektoren wie KI und grüne Technologien.

5.1 Organisation der Vereinten Nationen

Während ihrer Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat (2023–2024) baute die Schweiz ihre Beziehungen zu ostasiatischen Staaten, namentlich Südkorea und Japan, aus. Dabei legte sie den Fokus auf die Themen Friedensförderung, Schutz der Zivilbevölkerung, Klimasicherheit und Stärkung der Effizienz des Sicherheitsrates.

Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates und als zentraler Akteur des multilateralen Systems ist China ein wichtiger Gesprächspartner für die Schweiz. Die zunehmende Bedeutung Pekings in der globalen Gouvernanz erfordert einen verstärkten Dialog über Themen wie Klima, öffentliche Gesundheit, Entwicklung und Menschenrechte. Allerdings gibt es nach wie vor Differenzen, da China Souveränität und Nichteinmischung hochhält und gleichzeitig den Menschenrechtsdiskurs neu definiert. Die Schweiz wird sich in ihrem Umgang mit Peking weiterhin konstruktiv für Menschenrechte und Transparenz einsetzen.

Indien ist ein einflussreicher Akteur im UNO-System und positioniert sich in Koalitionen wie der Bewegung der blockfreien Staaten (NAM) und der G77. Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Indien ist nicht besonders eng. Das Land ist ein wichtiger Beitragszahler für die friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen und spielt eine Schlüsselrolle in den Diskussionen über nachhaltige Entwicklung.

Indonesien hat dank seiner jüngsten Mandate im Sicherheitsrat (2019–2020) und im Menschenrechtsrat (2024–2026) sowie seiner Präsidentschaft der G20 (2022) seine multilaterale Rolle gefestigt. Es unterstützt häufig die Positionen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit und der NAM.

5.2 G20

Die **G20** wurde 1999 als Reaktion auf die Finanzkrisen der 1990er-Jahre gegründet und hat sich zu einem wichtigen Forum für die globale wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt. Die ursprünglich für die Finanzministerinnen und -minister und Zentralbankpräsidenten bestimmten Treffen umfassen seit 2008 auch die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs, wodurch ihr globaler Einfluss gestärkt

wird. Der G20 gehören 19 Länder (darunter die fünf Länder dieser Strategie), die Europäische Union und die Afrikanische Union an.

Obwohl sie kein Mitgliedstaat ist, misst die Schweiz der G20 grosse Bedeutung bei. Sie ist bestrebt, ihre Beziehungen zu den aussereuropäischen G20-Staaten auszubauen, im Einklang mit Ziel 8 der APS 2024–2027, das eine Diversifizierung des Aussenhandels und die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz bezweckt.

Die G20 hat kein ständiges Sekretariat. Sie arbeitet mit einem wechselnden Vorsitz, der die jährlichen Prioritäten festlegt. Ihre Arbeit gliedert sich in zwei Bereiche: Der Finance Track konzentriert sich auf finanz- und währungspolitische Fragen, während der Sherpa Track weitere Themen wie Klima, Handel, Forschung und Innovation sowie Gesundheit behandelt.

Die fünf asiatischen G20-Mitgliedsländer betrachten das Forum als strategisches Instrument, um globale Herausforderungen anzugehen. Inzwischen werden in der G20 immer mehr Themen behandelt, darunter Bewältigung von Gesundheitskrisen und Gleichstellung. China, Indien und Indonesien treten für eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder des Südens ein, mit Fokus auf Entschuldung, nachhaltige Entwicklung und gerechtere Politiken.

Als wichtiges Finanzzentrum mit einer systemrelevanten Bank strebt die Schweiz eine aktive Teilnahme an den Diskussionen der G20 an, die Auswirkungen auf die internationale Finanzarchitektur haben. Im Übrigen teilt sie Ziele der G20 wie die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Seit 2016 ist die Schweiz ständiger Gast am Finance Track und beteiligt sich an verschiedenen Arbeitsgruppen des Sherpa Track, namentlich in den Bereichen Handel, Investitionen und Gesundheit. Sie wird auch zur Mitarbeit in den Arbeitsgruppen zu Forschung und Innovation eingeladen.

5.3 Weitere multilaterale Formate

Die **OECD** räumt ihren Aktivitäten im Zusammenhang mit dem indopazifischen Raum eine strategische Priorität ein. Japan und Südkorea sind Mitglieder der OECD, China, Indien und Indonesien gehören zu den fünf wichtigsten Partnern der Organisation. Indonesien hat im Jahr 2024 den Beitrittsprozess eingeleitet, um Vollmitglied der OECD zu werden.

Die Beziehungen zwischen der OECD und der Region werden durch Partnerschaften mit der APEC und der ASEAN gestärkt. Zusätzlich zu ihren Büros in Tokio, Jakarta und Peking strebt die OECD eine Präsenz in Neu-Delhi an. Die Organisation setzt sich insbesondere für die Harmonisierung nationaler und regionaler Normen mit ihren eigenen Standards ein.

Die Schweiz unterstützt die Anstrengungen der OECD zur Ausarbeitung von internationalen Standards, die mehr Stabilität ermöglichen. Sie engagiert sich in der OECD aktiv in Bereichen

wie digitale Transformation, Stärkung der Resilienz globaler Wertschöpfungsketten und Übergang zu kohlenstoffarmen Systemen, im Einklang mit den Zielen der OECD zur Förderung von Erfolgsmethoden gemäss ihrem «Strategischen Rahmen für den indopazifischen Raum»²³.

Die **ASEAN** setzt sich für die Förderung von Frieden, Stabilität, wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer Entwicklung in Südostasien ein. Zu ihren zentralen Errungenschaften zählen die weitgehende wirtschaftliche Integration zwischen ihren zehn Mitgliedern und das Ausbleiben interner Konflikte. Die ASEAN hat eine in Asien einzigartige Kultur des Dialogs und der Zusammenarbeit geschaffen. Die Organisation dient auch als Plattform, um weitere Akteure über verschiedene Dialogformate in eine breitere regionale Zusammenarbeit einzubinden.

Neben den USA und Australien gehören China, Indien, Japan und Südkorea zu den sechs globalen strategischen Partnern der ASEAN. Indonesien spielt als Gründungsmitglied eine zentrale Rolle im Gefüge der Organisation.

Die Schweiz unterhält seit 2016 eine sektorielle Dialogpartnerschaft mit der ASEAN und stärkt damit ihre Präsenz in Südostasien. Die Partnerschaft ermöglicht einen Austausch auf hochrangiger Ebene und technische Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Dieses Engagement ist Bestandteil des Aktionsplans der [Südostasien-Strategie 2023–2026](#).

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der **Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank** (AIIB), die 2015 auf Initiative Chinas gegründet wurde und ihren Sitz in Peking hat. Mit einem Stimmenanteil von rund 27 Prozent spielt China eine zentrale Rolle unter den über 90 Mitgliedern. Die AIIB finanziert als Alternative zu den Bretton-Woods-Institutionen Infrastrukturprojekte in Schlüsselbereichen wie Verkehr, Energie und digitale Konnektivität. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der AIIB und achtet besonders darauf, dass internationale Umwelt- und Sozialstandards eingehalten und nachhaltige Infrastrukturen gefördert werden.

Was die grossen regionalen Handelsabkommen RCEP und CPTPP betrifft, so zieht die Schweiz einen Beitritt zu diesen Instrumenten derzeit nicht in Betracht. Die Schweiz verfolgt die Entwicklung dieser Abkommen, an denen insbesondere China, Japan, Südkorea und Indonesien beteiligt sind, aufmerksam, um ihr wirtschaftliches Potenzial und ihre politische Realisierbarkeit im Hinblick auf einen etwaigen Beitritt zu evaluieren.

²³ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (2024): [Implementation plan of the OECD Strategic Framework for the Indo-Pacific](#).

6 Bilaterale Schwerpunkte

6.1 China²⁴

CHINA	Bevölkerung: 1,418 Mrd. (2025)	BIP (nominal): USD 19,5 Mrd. (Schätzung 2025)	Vertretung seit: 1950
	Bevölkerungswachstum: -0,06 % (2024)	Jährliches BIP-Wachstum: +4,5 % (Schätzung 2025)	Schweizer Gemeinschaft: 2978 Personen ²⁵ (2025)
	HDI: Rang 75/191 (2022)	BNE pro Kopf: 14 870 (Schätzung 2025)	Handelsvolumen: CHF 33,5 Mrd. (2024)

Merkmale des Landes

China ist ein führender geopolitischer und wirtschaftlicher Akteur, und der Aufstieg des Landes prägt die internationale Ordnung. Innenpolitisch ist China ein Einparteienstaat, der seit 1949 unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) steht. Die politische Macht konzentriert sich auf Staatspräsident Xi Jinping, der sowohl Generalsekretär der KPC als auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist. Das politische System ist sehr hierarchisch aufgebaut mit einer Machtkonzentration an der Parteispitze. Zu den wichtigsten politischen Reformen von Xi Jinping seit seinem Amtsantritt im Jahr 2012 gehören die Korruptionsbekämpfung und die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten.

China ist nach den USA die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt. Seit den von Deng Xiaoping eingeleiteten Wirtschaftsreformen hat das Land ein rasantes Wachstum erlebt und sich zu einem Schlüsselakteur der Weltwirtschaft entwickelt. In jüngerer Zeit ist der technologische Fortschritt zu einem Eckpfeiler der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas und seines Strebens nach strategischer Autonomie geworden. Das zeigt sich vor allem an der Spitzenposition in den Bereichen Elektrofahrzeuge und Energiespeicherung. Im militärischen Bereich ist zu beobachten, dass China seine Streitkräfte modernisiert und im Südchinesischen Meer sowie rund um Taiwan Präsenz markiert.

Darüber hinaus hat die Regierung ihre politische Kontrolle verstärkt sowie die öffentlichen Freiheits- und Bürgerrechte eingeschränkt. Die KPC begründet diese Massnahmen mit der Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen und der nationalen Einheit. Andersdenkende sowie Forderungen nach mehr Autonomie für ethnische, religiöse und

andere Minderheiten werden als Bedrohung für das System wahrgenommen und unterdrückt. Um die soziale Kontrolle zu verstärken und die innere Stabilität zu wahren, nutzt China die Möglichkeiten der Digitalisierung. Mit der Null-Co-vi-d-Strategie haben die Überwachungsmassnahmen ein neues Niveau erreicht.

Die Schweiz und China

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und China gehen auf das Jahr 1950 zurück, als die Schweiz als eines der ersten westlichen Länder die Volksrepublik China anerkannte. Damit begann eine pragmatische Zusammenarbeit, die auf wirtschaftlichen und politischen Interessen beruht und die unterschiedlichen politischen Systeme berücksichtigt. Das Jahr 2025 steht im Zeichen des 75-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Obwohl die Beziehungen gut sind und auf rund 20 aktiven Dialogen beruhen, gibt es verschiedene Herausforderungen, insbesondere aufgrund politischer Unterschiede und Bedenken im Menschenrechtsbereich. Im Jahr 2016 vereinbarten die beiden Länder eine «innovative strategische Partnerschaft», und jährlich findet ein strategischer Dialog zwischen den Aussenministern statt. Zudem ist die Schweiz das einzige Land, das mit China einen spezifischen Dialog über Arbeits- und Beschäftigungsfragen führt.

Die Schweiz bringt ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation in China zum Ausdruck, insbesondere in Bezug auf die freie Meinungsäusserung, die Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten im Autonomen Gebiet Tibet und in Xinjiang sowie die Einschränkung der Grundfreiheiten in Hongkong. Diese Anliegen werden sowohl bilateral, namentlich im Rahmen des Menschenrechtsdialogs, als auch multilateral, vor allem in den UNO-Gremien, besprochen.

Der wachsende Einfluss Chinas macht sich auch in der Schweiz bemerkbar. So sind zunehmende Aktivitäten im Bereich der öffentlichen Diplomatie festzustellen, aber auch Spionageaktivitäten auf Schweizer Boden. Als Gaststaat zahlreicher internationaler Organisationen und aufgrund der in der Schweiz

²⁴ Das vorliegende Kapitel ist eine Fortsetzung der China-Strategie 2021–2024. Die Botschaft zur Legislaturplanung 2023–2027 sieht eine Aktualisierung vor, um die Kohärenz, Effizienz und Relevanz der Beziehungen zwischen der Schweiz und China zu stärken. Die in Ziffer 3.3 der China-Strategie 2021–2024 festgelegten Prinzipien für die Zusammenarbeit gelten weiterhin.

²⁵ Festlandchina: 1047 / Hongkong: 1544 / Macao: 24 / Taiwan (Chinesisches Taipei): 363.

ansässigen Diaspora mit Verbindungen zu China stellt die Schweiz ein wichtiges Ziel dar. Die Herausforderungen betreffen auch den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Schweiz, der Ziel von Wirtschafts- und Industriespionage sein kann.

Aufgrund ihrer Ein-China-Politik unterhält die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen mit den Behörden in Taiwan (Chinesisches Taipei), auch wenn eine technische Zusammenarbeit auf wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ebene möglich und gewünscht ist. Die Schweiz anerkennt auch den demokratischen Charakter der taiwanesischen Behörden und Gesellschaft.²⁶

Im Jahr 2013 unterzeichnete die Schweiz als erstes kontinentaleuropäisches Land ein Freihandelsabkommen mit China. Im Jahr 2024 wurden Verhandlungen zur Optimierung dieses Abkommens aufgenommen. China ist aktuell der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz. Die Schweiz exportiert hauptsächlich pharmazeutische Produkte, Maschinen, Uhren und Hochtechnologie nach China und importiert im Gegenzug Elektronik, Textilien und andere verarbeitete Güter.

Die Schweizer Investitionen in China haben in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Schweizer Grossunternehmen sind in China sehr präsent und investieren in Produktionsstätten, in Zentren für Forschung und Entwicklung sowie in lokale Partnerschaften. Das komplexe regulatorische Umfeld, der geopolitische Kontext sowie jüngst die Covid-Pandemie erfordern jedoch einen strategischen Ansatz und kontinuierliche Anpassungen.

Es gibt verschiedene Formate, um die finanzielle Zusammenarbeit weiterzuführen und auszuweiten, wobei die hochrangige Arbeitsgruppe den Eckpfeiler bildet. Bilaterale Kooperationsprojekte sind in erster Linie marktorientiert und werden von den Wirtschaftsakteuren getragen. Ein Beispiel ist das 2021 errichtete Programm «China-Swiss Stock Connect», eine Initiative des Privatsektors, die die Schweizer Börse SIX und die Börsen in Shanghai und Shenzhen verbindet.

Auch die Forschung und Innovation nimmt einen wesentlichen Platz in den bilateralen Beziehungen ein. Aufgrund des chinesischen Rechtsrahmens bestehen zwar Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Datenschutz und der Forschungssicherheit, dennoch bemühen sich die Schweizer und die chinesischen Universitäten um die Fortsetzung ihrer Partnerschaften. Zudem spielt Swissex, das seit 2008 einen Standort in Shanghai hat, eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Kooperationen zwischen BFI-Akteuren, insbesondere in den Bereichen Energie, nachhaltige Entwicklung und Gesundheitstechnologien.

²⁶ Vgl. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des von der APK-N am 25. Juni 2021 eingereichten Postulats [21.3967 Beziehungen zu Taiwan \(Chinesisches Taipei\): aktueller Stand und Vertiefungsmöglichkeiten](#).

Ziele und Massnahmen:

Multilateralismus

1. **Die Schweiz verstärkt ihren Dialog mit China auf multilateraler Ebene.**
 - a. Jährlichen bilateralen Dialog mit China über die jeweiligen Prioritäten in der UNO und in den anderen multilateralen Foren organisieren
 - b. Austausch mit den europäischen und den G7-Partnern über die multilateralen Herausforderungen, die China betreffen, fortsetzen
 - c. Mit China in den multilateralen Foren zusammenarbeiten, um das Völkerrecht zu stärken

Frieden und Sicherheit

2. **Die Schweiz vertritt ihre Sicherheitsinteressen durch einen Dialog mit China über strategische Fragen und regionale Stabilität.**
 - a. Dialog mit China über Friedensförderung, Rüstungskontrolle, Abrüstung und Exportkontrolle vertiefen

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

3. **Die Schweiz baut ihre wirtschaftlichen, finanziellen und wissenschaftlichen Beziehungen zu China aus und gewährleistet zugleich einen ausgewogenen und sicheren Rahmen für die Zusammenarbeit.**
 - a. Freihandelsabkommen CH-China optimieren, um den Marktzugang zu verbessern und die Bestimmungen im Arbeits- und Umweltbereich zu stärken
 - b. In China tätige Schweizer Unternehmen durch Massnahmen auf der Grundlage der WTO-Regeln unterstützen
 - c. Zusammenarbeit im Bereich Bildung, Forschung und Innovation im Rahmen von bilateralen und multilateralen Formaten fördern und die Forschungssicherheit stärken
 - d. Dialog über die internationale Zusammenarbeit und die humanitäre Hilfe mit Behörden und akademischen Einrichtungen ausbauen
 - e. Pragmatische Zusammenarbeit mit Taiwan (Chinesisches Taipei) in Form eines technischen Austauschs in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur weiterführen

Umwelt

4. **Die Schweiz engagiert sich gemeinsam mit China in den Bereichen Umwelt, Klima und Gesundheit.**
 - a. Gemeinsam mit China Projekte zum Thema Umwelt, Klima und Gesundheit in den Ländern der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz erarbeiten

Demokratie und Gouvernanz

5. **Die Schweiz setzt sich in China für die Einhaltung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit ein.**
 - a. Für die Achtung der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte in China eintreten durch Nutzung aller verfügbaren Plattformen, einschliesslich des bilateralen Menschenrechtsdialogs
 - b. Chinesische Spionage- und Beeinflussungsaktivitäten in der Schweiz stärker bekämpfen, insbesondere durch den Schutz der in der Schweiz lebenden chinesischen Gemeinschaften

Querschnittsziel

6. **Die Schweiz stärkt ihre China-Kompetenzen.**
 - a. Erwerb von Fähigkeiten in Zusammenhang mit China innerhalb der Bundesverwaltung fördern (Seminare, Sprachkurse usw.)
 - b. Austausch mit Schweizer Akteuren, die an der Umsetzung der Asien-G20-Strategie beteiligt sind, verstärken

6.2 Indien

INDIEN

Bevölkerung:
1,456 Mrd. (2025)

Bevölkerungswachstum:
+0,88 % (2024)

IDH:
Rang 134/191 (2022)

BIP (nominal):
USD 4,27 Mrd. (Schätzung 2025)

Jährliches BIP-Wachstum:
+6,5 % (Schätzung 2025)

BNE pro Kopf:
2940 USD (Schätzung 2025)

Vertretung seit:
1915

Schweizer Gemeinschaft:
582 Personen (2025)

Handelsvolumen:
CHF 4,1 Mrd. (2024)

Merkmale des Landes

Indien ist die bevölkerungsreichste parlamentarische Demokratie und die fünftgrösste Volkswirtschaft der Welt mit einem geschätzten BIP von 4,27 Milliarden USD und einem erwarteten Wachstum von 6,5 Prozent (2025). Seit 2023 leben in Indien über 1,43 Milliarden Menschen. Damit ist Indien das bevölkerungsreichste Land der Welt, und die Bevölkerungszahl steigt weiter an, obwohl die Prognosen davon ausgehen, dass sich das Wachstum in den kommenden Jahrzehnten verlangsamen wird.

Der wirtschaftliche Aufschwung Indiens ist auf eine schnell wachsende Mittelschicht, die auf über 300 Millionen Menschen geschätzt wird, und ein günstiges Unternehmensumfeld zurückzuführen. Dieses Umfeld zieht grosse ausländische Investitionen an, insbesondere in den Bereichen Informationstechnologie, Infrastruktur, Energie und grüne Technologien. Indien zählt weltweit zu den führenden IT- und Software-Anbietern und spielt eine strategische Rolle in den globalen Lieferketten. Aufgrund ambitionierter Strukturreformen und des grossen Binnenmarkts verzeichnet Indien ein besonders starkes Wirtschaftswachstum und konnte seine Position als ein globaler Wirtschaftsmotor festigen.

Diese Dynamik geht jedoch mit anhaltenden Herausforderungen einher: Nach wie vor bestehen grosse Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, und die Gesellschaft ist weiterhin durch das Kastensystem geprägt. Eine zunehmende Polarisierung beeinträchtigt die Beziehungen zwischen der Hindu-Mehrheit und den religiösen Minderheiten, insbesondere der muslimischen Gemeinschaft. Darüber hinaus wirken sich gezielte Internetsperren negativ auf die Meinungs- und Medienfreiheit aus.

Geopolitisch gewinnt Indien in einem regionalen Kontext, der von sicherheitspolitischen Spannungen und wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt ist, zunehmend an Bedeutung. Dank seiner aktiven Verteidigungspolitik und seiner Schlüsselrolle in wichtigen Bereichen wie der Informationstechnologie und den erneuerbaren Energien stärkt Indien seine strategische Position.

Auf internationaler Ebene baut Indien seine Position als Hauptakteur im Bereich der globalen Gouvernanz weiter aus. Im Jahr 2023 war es Gastgeberland von Veranstaltungen wie dem G20-Gipfel und der Klimakonferenz. Im Rahmen der BRICS verfolgt die indische Diplomatie die Vision einer

ausgewogenen Multipolarität, in der Dialog und Kooperation die Grundpfeiler der globalen Stabilität bilden.

Im Bewusstsein dieses wachsenden Einflusses betreibt Indien eine aktive Aussenpolitik mit wichtigen strategischen Partnerschaften mit Russland, den USA, der Europäischen Union sowie anderen globalen Akteuren.

Die Schweiz und Indien

Die Schweiz anerkannte Indien nach dessen Unabhängigkeit 1947 und nahm unmittelbar diplomatische Beziehungen auf. Indien und die Schweiz pflegen enge und dynamische Beziehungen, wie eine Vielzahl von Abkommen und Verträgen zeigen. Die bilateralen Beziehungen stützen sich auf die drei Hauptachsen Politik, Wirtschaft (Innovation) und Umwelt (Nachhaltigkeit). Durch gezielte Kontakte mit den Behörden und der Zivilgesellschaft fördert die Schweiz die Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte religiöser Minderheiten. Zudem führt die Schweiz mit Indien einen konstruktiven Dialog über Friedens- und Sicherheitsfragen.

In Indien finden Schweizer KMU einen wachsenden Markt für hochwertige Konsumgüter, Präzisionsmaschinen und Hightech-Lösungen. Die umfangreiche Pharmaindustrie und das wachsende Forschungsökosystem Indiens bieten interessante Möglichkeiten für F&E-Partnerschaften, vor allem in den Bereichen Biotechnologie und Medizintechnik. Im Jahr 2022 wurde ein auf Forschung und Innovation ausgerichtetes Kooperationsabkommen unterzeichnet, das den Rahmen für solche Partnerschaften stärkt.

Im Bereich nachhaltige Entwicklung setzt Indien eine ambitionierte Politik zur Förderung erneuerbarer Energien um. Bis 2030 soll bei den erneuerbaren Energien eine Kapazität von 500 GW erreicht werden. Dieses Ziel schafft Möglichkeiten für Schweizer Unternehmen, die sich auf grüne Technologien und intelligente Infrastrukturen spezialisiert haben. Darüber hinaus unterstützt die Schweiz Indien bei der Vorbereitung auf klimabedingte Katastrophen und hilft Gemeinden beim Umgang mit den Risiken durch extreme Umweltereignisse.

Nach sechzehn Verhandlungsjahren haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und Indien am 10. März 2024 ein Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (TEPA) unterzeichnet – ein wichtiger Meilenstein in der Handelspolitik. Die Schweiz und die

anderen EFTA-Staaten haben als erste europäische Partner ein solches Abkommen mit Indien abgeschlossen. Der Ratifizierungsprozess läuft (2025).

Indien hat sich zu einem Zentrum für Spitzentechnologien wie KI, Cybersicherheit, Finanztechnologie und «Advanced Manufacturing» entwickelt. An der Spitze der technischen

Revolution des Landes steht Bangalore, wo die Schweiz seit 2010 über einen Swissnex-Standort verfügt. Diese Dynamik bietet Zusammenarbeitmöglichkeiten zwischen Indien und der Schweiz, insbesondere in den Bereichen technologische Innovation, Life Sciences und erneuerbare Energien, in denen die Schweiz über weltweit anerkanntes Fachwissen verfügt.

Ziele und Massnahmen

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz und Indien fördern gemeinsam die Bemühungen um Frieden und Sicherheit.**
 - a. Dialog mit Indien über den Krieg gegen die Ukraine sowie über andere globale Sicherheitsfragen weiterführen.

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 2. Die Schweiz und Indien intensivieren ihre Beziehungen im Bereich Wirtschaft und Innovation.**
 - a. TEPA umsetzen unter besonderer Berücksichtigung der Investitionsförderung und der Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung
 - b. Verhandlungen über ein neues bilaterales Investitionsschutzabkommen abschliessen
 - c. Zugang von Schweizer Unternehmen zu grossen Infrastrukturprojekten im Rahmen des Mandats von Team Switzerland erleichtern, indem das Netzwerk der wichtigsten technischen und finanziellen Akteure ausgebaut wird
 - d. Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation und Digitalisierung durch die Programme der Indo-Swiss Innovation Platform intensivieren durch den Ausbau seiner Forschungsinstrumente und seines Netzwerks von Fachleuten.
- 3. Die Schweiz fördert den menschenbezogenen Austausch mit Indien.**
 - a. Rahmenbedingungen verbessern, damit Visumsanträge im Bereich Tourismus, Forschung und Investment rascher bearbeitet werden

Umwelt

- 4. Die Schweiz setzt die Partnerschaft mit Indien in den Bereichen Klima, Naturkatastrophenmanagement und Umwelt fort.**
 - a. Indische Behörden bei der Verwirklichung ihrer Ziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaereignissen unterstützen, auch auf regionaler Ebene
 - b. Zusammenarbeit mit den indischen Behörden im Bereich Naturkatastrophenmanagement und Prävention verstärken, insbesondere durch die Unterstützung der Forschung zu Risiken in Berggebieten und die Förderung der regionalen Zusammenarbeit

Demokratie und Gouvernanz

- 5. Die Schweiz setzt sich in Indien für die demokratische Resilienz sowie die Einhaltung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit ein.**
 - a. Austausch im Bereich der Menschenrechte, einschliesslich der Rechte von Minderheiten und der Meinungsfreiheit, fortsetzen, durch Austausch mit den Behörden und der Zivilgesellschaft
- 6. Die Schweiz setzt sich weiterhin in den Bereichen Unternehmen und Menschenrechte ein.**
 - a. Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen fördern, indem durch thematische Veranstaltungen und Workshops der Austausch zwischen dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft vereinfacht wird

6.3 Indonesien²⁷

INDONESIEN

Bevölkerung:
284 Mio. (2025)

Bevölkerungswachstum:
+0,8% (2024)

HDI:
Rang 112/191 (2022)

BIP (nominal):
USD 1,49 Mrd. (Schätzung 2025)

Jährliches BIP-Wachstum:
+5,1 % (Schätzung 2025)

BNE pro Kopf:
USD 5250 (2023)

Vertretung seit:
1863

Schweizer Gemeinschaft:
1198 Personen (2025)

Handelsvolumen:
CHF 820 Mio. (2024)

Merkmale des Landes

Indonesien ist der einzige südostasiatische Staat, der den G20 angehört. Der Archipel, der sich über mehr als 17 000 Inseln erstreckt, ist bevölkerungsmässig das viertgrösste Land der Welt.²⁸ Seine Wirtschaft entwickelt sich dynamisch: Langzeitprognosen zufolge könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen (nach China, Indien und den USA).²⁹ Indonesien ist eine demokratische Republik mit Präsidialsystem. Im Land leben über 300 ethnische Gruppen, wodurch das politische System von Multikulturalität und einer Kultur des Konsenses geprägt ist.

Mit einer engagierten, unabhängigen Aussenpolitik trägt Indonesien seiner wachsenden Bedeutung Rechnung. Das Land nimmt eine Führungsrolle innerhalb der Vereinigung südostasiatischer Länder (ASEAN) ein, deren Sekretariat sich in Jakarta befindet, und will sich als Stimme der Länder des Südens positionieren, insbesondere als Mitglied der BRICS-Gruppe. Auf globaler Ebene sieht sich Indonesien als Brückenbauer und setzt sich für einen wirkungsvollen Multilateralismus ein. Als eine der bevölkerungsreichsten Demokratien war Indonesien beispielsweise Gastgeber des Bali Democracy Forum, einem hochrangigen Dialogformat zur Förderung demokratischer Werte im Raum Asien-Pazifik.

Indonesien hat in den letzten zwanzig Jahren eine bemerkenswerte sozioökonomische Entwicklung vollzogen. Dabei hat sich eine Mittelschicht mit einem steigenden Lebensstandard entwickelt. Der Reichtum an mineralischen Ressourcen, die für die globale Energiewende eine wichtige Rolle spielen, erschliesst neue Einkommensquellen für das Land. Dennoch steht Indonesien weiterhin vor grossen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. So besteht bei der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit noch Verbesserungspotenzial, und die rasch voranschreitende Urbanisierung stellt neue Anforderungen an die Infrastruktur. Weitere Herausforderungen betreffen die Menschenrechte, beispielsweise den Schutz von Minderheiten oder die Bekämpfung von Folter. Indonesien verfügt über eine engagierte Zivilgesellschaft und eine aktive Presse. Dennoch sind verstärkte Tendenzen zur Machtkonzentration und zur Ein-

schränkung der demokratischen Teilhabe und der Meinungsfreiheit zu beobachten.

Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung ist mit grossen Umweltproblemen verbunden: Die Abholzung des tropischen Regenwaldes bedroht die Artenvielfalt und trägt zum Klimawandel bei. Trotz des Ziels der Klimaneutralität bis 2060 steigen die indonesischen Treibhausgasemissionen rasant an. Bereits heute befindet sich das Land unter den zehn grössten CO₂-Emittenten der Welt.³⁰ Gleichzeitig ist Indonesien mit seinen tiefliegenden Siedlungsgebieten überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen. Schäden durch Überflutungen und Erdbeben haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Auch unabhängig vom Klimawandel wird Indonesien durch seine Lage auf dem pazifischen Feuerring regelmässig von Naturkatastrophen heimgesucht.

Die Schweiz und Indonesien

Im Jahr 1863 eröffnete die Schweiz eine erste Vertretung in Batavia (heute Jakarta). Sie anerkannte Indonesien 1949, nachdem das Land von den Niederlanden unabhängig wurde. 1951 wurde eine indonesische Vertretung in Bern eröffnet. Die bilateralen Beziehungen sind gut und dynamisch. Neben regelmässigen diplomatischen Besuchen auf Ebene des Bundesrates finden auch immer wieder politische Konsultationen und Treffen der gemeinsamen Wirtschafts- und Handelskommission (Joint Economic and Trade Commission, JETC) statt. Im Bereich der Menschenrechte arbeitet die Schweiz eng mit den lokalen Behörden zusammen, insbesondere zu den prioritären Themen der Folterprävention und der Verantwortung der Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte.

Für die Schweiz ist Indonesien ein Partner mit grossem Potenzial. Auch wenn das bilaterale Handelsvolumen aktuell noch eher bescheiden ist, dürften Grösse und Dynamik der indonesischen Volkswirtschaft neue Handelsmöglichkeiten eröffnen. Das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EFTA und Indonesien schafft einen günstigen Rahmen für die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Als Beitrag zum Schutz des tropischen Regenwaldes gestattet das Abkommen den zollreduzierten Import von Palmöl nur, wenn dieses nach anerkannten

²⁷ Indonesien ist auch Teil der Südostasien-Strategie 2023–2026 des Bundesrates.

²⁸ United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2024): [World Population Prospects 2024](#).

²⁹ Bloomberg (2020): [An Economist's Guide to the World in 2025](#).

³⁰ Weltbank (2024): [World Development Indicators \[CO₂ emissions\]](#).

Nachhaltigkeitskriterien produziert wurde. Zudem erhöht das bilaterale Investitionsschutzabkommen, das seit 2024 in Kraft ist, die Rechtssicherheit für Schweizer Direktinvestitionen in Indonesien.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit des SECO unterstützt die Schweiz Indonesien beim Übergang zu einer nachhaltigen, resilienten und wettbe-

werbsfähigen Wirtschaft. Im Vordergrund stehen die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen für mehr Wohlstand, die Entwicklung von wettbewerbsfähigen Arbeitskräften und die Förderung einer nachhaltigen Infrastruktur. Darüber hinaus wirkt die Schweiz auf die Verbesserung der Kapazitäten Indonesiens im Umgang mit Naturkatastrophen hin.

Ziele und Massnahmen

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 1. Die Schweiz und Indonesien intensivieren ihre bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.**
 - a.** Umsetzung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EFTA–Indonesien unterstützen
 - b.** Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung koordiniert einsetzen
 - c.** Zugang von Schweizer Unternehmen zu grossen indonesischen Infrastrukturprojekten erleichtern
- 2. Die Schweiz trägt zur Förderung eines wettbewerbsfähigen Privatsektors in Indonesien bei.**
 - a.** Günstige Bedingungen für die Entwicklung eines widerstandsfähigen und wettbewerbsfähigen Privatsektors fördern
 - b.** Indonesische KMU beim Zugang zu internationalen Märkten und Finanzdienstleistungen unterstützen
 - c.** Regelmässigen Dialog zu Arbeits- und Beschäftigungsfragen weiterführen

Umwelt

- 3. Die Schweiz stärkt ihre Zusammenarbeit mit Indonesien in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Vorbereitung auf Naturkatastrophen.**
 - a.** Einhaltung der Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens EFTA–Indonesien überwachen
 - b.** Nachhaltige Infrastruktur und widerstandsfähige, inklusive Stadtentwicklung fördern
 - c.** Fähigkeiten der indonesischen Behörden im Bereich des Katastrophenrisikomanagements stärken durch Schulung und Austausch von Fachwissen

Demokratie und Gouvernanz

- 4. Die Schweiz verstärkt ihre Zusammenarbeit mit Indonesien in den Bereichen Förderung der Menschenrechte und demokratische Entwicklung.**
 - a.** Die Konsultationen auf lokaler Ebene und die praktische Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte weiterführen
 - b.** Zusammenarbeit im Bereich der Demokratieförderung stärken

6.4 Japan

JAPAN	Bevölkerung: 124 Mio. (2025)	BIP (nominal): USD 4,39 Mrd. (Schätzung 2025)	Vertretung seit: 1906
	Bevölkerungswachstum: -0,5 % (2024)	Jährliches BIP-Wachstum: +1,1 % (Schätzung 2025)	Schweizer Gemeinschaft: 2052 Personen (2025)
	HDI: Rang 24/191 (2022)	BNE pro Kopf: USD 35 610 (Schätzung 2025)	Handelsvolumen: CHF 12,7 Mrd. (2024)

Merkmale des Landes

Als parlamentarische Demokratie und konstitutionelle Monarchie verfügt Japan über ein widerstandsfähiges politisches System und eine Vielzahl politischer Parteien. Die Liberaldemokratische Partei dominiert die politische Bühne und hat das Land seit ihrer Gründung im Jahr 1955 praktisch durchgehend regiert. Projektionen zeigen eine aktuell rückläufige Demografie, gehen jedoch davon aus, dass sich die Bevölkerung um das Jahr 2030 stabilisieren wird, wobei die Personen ab 65 Jahren einen Anteil von 30 bis 35 Prozent ausmachen dürften.

Japan ist mit einem BIP von 4,39 Milliarden USD die viertgrösste Volkswirtschaft der Welt und der einzige asiatische Staat, der der G7 angehört. Angesichts seiner demografischen Herausforderungen verzeichnet das Land ein eher geringes Wirtschaftswachstum. In Bereichen wie der Robotik, der Elektronik und dem Automobilbau spielt die japanische Industrie jedoch nach wie vor eine Schlüsselrolle. In Prozent des BIP gemessen (rund 260 %) gehört Japan zu den am stärksten verschuldeten Ländern, gleichzeitig zählt das Land aber auch zu den grössten Gläubigern. Aufgrund seines strategischen Interesses an einer engen Verbindung zu den regionalen und globalen Volkswirtschaften, seines schrumpfenden Binnenmarkts und seiner Insellage setzt sich Japan für eine stärkere wirtschaftliche Integration ein. Es engagiert sich aktiv für den Abschluss von Freihandelsabkommen – einem zentralen Element der umfassenden und fortschrittlichen Vereinbarung über eine transpazifische Partnerschaft (CPTPP) – und formuliert proaktiv und wirksam neue Regeln für die wirtschaftliche Sicherheit und für die Lieferketten auf regionaler und internationaler Ebene.

Seit vielen Jahren tritt Japan zudem international für den Multilateralismus und die Rechtsstaatlichkeit ein. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass Japan länger als jedes andere Land als nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat vertreten war und der grösste Geldgeber des Internationalen Strafgerichtshofs ist.

Geopolitisch gewinnt Japan in einem regionalen Kontext, der von sicherheitspolitischen Spannungen und wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt ist, zunehmend an Bedeutung. Seit über zehn Jahren verfolgt Japan seine Strategie eines freien und offenen indopazifischen Raums, bei der die Förderung des Völkerrechts, des Wohlstands durch freien Handel und Infrastrukturausbau sowie die Entwicklungszusammenarbeit

im Zentrum stehen. Japan nutzt dieses Konzept auch als Grundlage, um die Beziehungen zu Ländern mit ähnlichen Werten, z. B. aus Europa, weiter auszubauen. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der Pazifismus ein zentraler Bestandteil der japanischen Identität. Allerdings hat das Land 2022 aufgrund der veränderten Sicherheitslage eine nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet und dabei erstmals die Grundsätze und Ressourcen für den Fall eines militärischen Angriffs auf das japanische Territorium angepasst.

Japan gilt als eines der ersten nichtwestlichen Länder mit globaler Soft Power. Die japanische Kunstszene und Kulturindustrie (Videospiele, virtuelle Realität, Design, Animation, Mangas, zeitgenössische Kunst) erzeugen im Ausland grosses Interesse und tragen zur Attraktivität des Landes bei.

Die Schweiz und Japan

Im Jahr 1863 reiste eine Handelsdelegation der Uhrenindustrie nach Japan, woraufhin die Schweiz und Japan 1864 einen Handels- und Freundschaftsvertrag unterzeichneten. 1906 eröffnete die Schweiz eine Vertretung in Tokio. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan sind gut und stabil mit regelmässigen diplomatischen Kontakten. Unter anderem fanden zwischen 2017 und 2024 sechs Präsidialbesuche der Schweiz sowie zahlreiche Austausche zwischen dem Bundesrat und der japanischen Regierung statt. Seit 2009 führen die Schweiz und Japan einen politischen Dialog mit dem Ziel, die bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Die Schweiz und Japan pflegen eine ausgezeichnete Zusammenarbeit in multilateralen Foren und eine enge Kooperation bei Themen wie Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats, WTO-Reformen und Gouvernanz in der OECD.

Diese langjährigen, soliden Beziehungen drehen sich heute vor allem um die Zusammenarbeit in der Wirtschaft und in der Bildung, Forschung und Innovation, insbesondere in den Bereichen KI, Robotik und erneuerbare Energien. Japan ist für die Schweizer Exportförderung ein Schwerpunktland und nach China und Indien der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien. Die Schweiz ist das erste Industrieland, mit dem Japan ein Freihandelsabkommen unterzeichnet hat (2009). Die beiden Länder unterhalten ausserdem einen

regelmässigen Finanzdialog zur Koordination ihrer finanzpolitischen Standpunkte.

1976 schuf die Schweiz in Tokio die erste Stelle eines Wissenschaftsattachés. 2007 wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technologie

unterzeichnet, das die Grundlage für die regelmässigen Treffen eines gemischten Ausschusses bildet. Im Jahr 2022 wurde der Swissnex-Standort in Osaka eröffnet, um die Verbindungen zwischen dem Schweizer und dem japanischen Ökosystem in den Bereichen Wissenschaft und Technologie zu erweitern.

Ziele und Massnahmen

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz verstärkt ihre Zusammenarbeit mit Japan zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und der multilateralen Ordnung.**
 - a.** Arbeit an gemeinsamen Initiativen in multilateralen Foren weiterführen, um zur Architektur der Friedenskonsolidierung und zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit beizutragen
 - b.** Zusammenarbeit im Rahmen regionaler Initiativen zur Förderung der internationalen Sicherheit

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 2. Die Schweiz baut ihren wirtschaftlichen und technologischen Austausch mit Japan durch eine strukturierte Partnerschaft aus.**
 - a.** Rahmenbedingungen zur Beschleunigung der offenen Innovation (Open Innovation) unter Einbezug des Privatsektors und der Wissenschaft erweitern
 - b.** Wirtschaftspolitischen Austausch und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Bereichen wie Finanzen, E-Commerce und Datenräume, inkl. Gleichwertigkeit des Datenschutzes, stärken
- 3. Die Schweiz stärkt die Exportwirtschaft von Schweizer KMU nach Japan**
 - a.** Unterstützung über den Swiss Business Hub und die Botschaft weiterführen und Zugang von Schweizer Unternehmen zum japanischen Markt und den Tätigkeiten vor Ort erleichtern
- 4. Die Schweiz positioniert sich als vertrauenswürdige Partnerin und innovative Akteurin, um die gemeinsamen Herausforderungen mit Japan anzugehen.**
 - a.** Zusammenarbeit in den strategischen Bereichen des im Jahr 2023 unterzeichneten Memorandum of Cooperation (Wissenschaft, Technologie und Innovation) intensivieren
 - b.** Schweizer Ressourcen in den Bereichen Innovation, Kreativität, Nachhaltigkeit und Gesundheit an der Weltausstellung 2025 in Osaka und darüber hinaus durch den Einbezug von Unternehmen und akademischen Einrichtungen aufwerten
 - c.** Sichtbarkeit der Schweizer Stärken in den Bereichen Innovation und Nachhaltigkeit bei jungen Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie bei Meinungsführerinnen und -führern erhöhen
 - d.** Kulturellen Austausch und institutionelle Verbindungen zwischen den beiden Ländern stärken, auch auf regionaler und kantonaler Ebene sowie auf Ebene der Partnerstädte

6.5 Südkorea

SÜDKOREA

Bevölkerung:
52 Mio. (2024)

Bevölkerungswachstum:
-0,02 % (2024)

HDI:
Rang 19/191 (2022)

BIP (nominal):
USD 1,95 Mrd. (Schätzung 2025)

Jährliches BIP-Wachstum:
+2,2 % (Schätzung 2025)

BNE pro Kopf:
USD 37 670 (Schätzung 2025)

Vertretung seit:
1965

Schweizer Gemeinschaft:
322 Personen (2025)

Handelsvolumen:
CHF 5,1 Mrd. (2024)

Merkmale des Landes

Südkorea ist eine demokratische Republik, die sich Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre aus einem autoritären Regime entwickelt hat. Heute weist das Land ein semipräsidentielles System, eine unabhängige Justiz und einen starken Schutz der bürgerlichen und politischen Freiheiten auf. Zwischen den beiden wichtigsten politischen Lagern (progressiv und konservativ) liegt eine ausgeprägte Polarisierung vor, was auf der politischen Bühne mitunter zu Konfrontationen führt.

Gemäss dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist Südkorea – Mitglied der OECD und der G20 – die vierzehntgrösste Volkswirtschaft der Welt und die viertgrösste Volkswirtschaft Asiens. Die Zunahme des Pro-Kopf-BIP von 64 USD (1955) auf 37 670 USD (2025) verdeutlicht den Erfolg der exportorientierten Industrialisierungsstrategie Südkoreas. Mittlerweile nimmt Südkorea weltweit eine führende Position in den Hochtechnologiebranchen wie der Halbleiter- und der Pharmaindustrie sowie im Schiffsbau ein und hat sich zum zehntgrössten Waffenexporteur der Welt entwickelt. Diese Entwicklung ist grösstenteils auf die mächtigen südkoreanischen Familienkonglomerate zurückzuführen, die rund 60 Prozent des nationalen BIP erwirtschaften. Gleichzeitig ist der demografische Wandel in Südkorea aufgrund der weltweit niedrigsten Geburtenrate eine Herausforderung für Sozialsystem (insbesondere Renten und Gesundheit) und Arbeitskräfte.

Auf diplomatischer Ebene stärkt Südkorea seine globale Rolle, indem es internationale Veranstaltungen ausrichtet und sein diplomatisches Netzwerk ausbaut. Südkorea hat im Jahr 2024 rund zehn Vertretungen eröffnet und will sein Budget für Entwicklungshilfe von 5,7 Milliarden USD (2024) auf 8,8 Milliarden USD (2025) erhöhen. Darüber hinaus strebt Südkorea eine weltweit führende Rolle im Bereich Technologie-Gouvernanz an. Mit dem Projekt «Digital Bill of Rights» sollen internationale Standards festgelegt werden, um die Ethik und den sozialen Nutzen im Technologiebereich zu gewährleisten.

Südkoreas Soft Power, insbesondere im kulturellen Bereich, hat das Image des Landes als dynamische, kreative und moderne Nation erheblich gestärkt und spielt gleichzeitig eine entscheidende Rolle in seiner Diplomatie. Für den globalen Einfluss sind vor allem die Bereiche Musik (K-Pop), Film, Gastronomie sowie die Mode- und Schönheitsindustrie

verantwortlich. Diese Erfolge gehen auf eine von der Regierung aktiv geförderte Unternehmenskultur zurück und wirken sich äusserst positiv auf die Wirtschaft, die Exporte und den Tourismus aus.

Die Schweiz und Südkorea

Der Bundesrat anerkannte die Regierung Südkoreas im Jahr 1962. 1969 beschloss er die Errichtung einer Botschaft in Seoul. Die ersten bilateralen Abkommen wurden 1971 (Förderung und Schutz von Investitionen), 1975 (Luftverkehr) und 1977 (Gewährleistung und Schutz von Erfindungspatenten und Marken) abgeschlossen. Die Schweiz spielt eine historische Rolle bei der Friedensförderung auf der koreanischen Halbinsel, da sie gemeinsam mit Schweden die Neutrale Überwachungskommission (NNSC) bildet, die seit 1953 das Waffenstillstandsabkommen zwischen Nord- und Südkorea überwacht. Die gemeinsamen Prioritäten der Schweiz und Südkoreas in multilateralen Foren sind eine solide Grundlage für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen und die Bewältigung gemeinsamer internationaler Herausforderungen.

Der südkoreanische Markt ist für Schweizer KMU insbesondere in den Bereichen Biotech, Präzisionsmaschinen, saubere Technologien und Konsumgüter interessant. Die Schweiz verfügt über das Fachwissen im Bereich Präzisionsmaschinen, das Südkorea für die angestrebte Verbesserung seiner Fertigungskapazitäten in diesem Gebiet benötigt. Synergien für Schweizer Innovationen bieten sich in den Bereichen Wasserstoffwirtschaft und nachhaltiger Verkehr. Vielversprechend sind auch der Pharmabereich (gemeinsame F&E-Projekte) und der Luxusgütermarkt, insbesondere für Schweizer Uhren und Schmuck.

Die Schweiz und Südkorea pflegen gute bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, die sich unter anderem auf das 2006 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Südkorea stützen. Allerdings ist eine gewisse Abschwächung festzustellen, die insbesondere auf vorteilhaftere Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und der Europäischen Union (EU) zurückzuführen ist. Seoul erachtet eine Aktualisierung des Abkommens mit der EFTA derzeit nicht als prioritär.

Südkorea weist eines der höchsten Budgets für Forschung und Entwicklung (F&E) aller OECD-Länder auf. Dadurch bieten sich Zusammenarbeitsmöglichkeiten in Bereichen, in

denen die Schweiz über anerkanntes Fachwissen verfügt, darunter die Bio-, die Quanten- und die Batterietechnologie. Plattformen wie die von der Schweizer Botschaft in Korea initiierte «Swiss-Korean Innovation Week» und die «Life Science Initiative» fördern die Verbindung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik.

Im Mai 2023 unterzeichneten die Schweiz und Südkorea eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in der Forschung, insbesondere in der Digitalisierung, der Bio-

technologie und der Quantentechnologie. Diese Partnerschaft verbindet die Stärken der Schweiz in der Grundlagenforschung mit dem Fokus Südkoreas auf angewandte Forschung und Vermarktung. Südkorea erachtet die Quantentechnologie als prioritären Zusammenarbeitsbereich und unterstützt durch gemeinsame Finanzierungsinitiativen über einen Zeitraum von drei Jahren bis zu zehn Projekte. Als führendes Land in der Quantentechnologie sieht die Schweiz die Partnerschaft mit Südkorea als wertvolle Gelegenheit zur Zusammenarbeit.

Ziele und Massnahmen

Frieden und Sicherheit

- 1. Die Schweiz und Südkorea setzen ihre Bemühungen in den Bereichen Frieden und Sicherheit fort.**
 - a.** In multilateralen Foren eng zusammenarbeiten, um Reformen im Bereich der Friedenskonsolidierung zu unterstützen
 - b.** Rolle der Schweiz für die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel festigen, insbesondere über die NNSC und durch die Unterstützung des Dialogs

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

- 2. Die Schweiz und Südkorea verstärken ihre wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit.**
 - a.** Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Schweizer Exporte gewährleisten und Modernisierung des Freihandelsabkommens EFTA-Südkorea anstreben
 - b.** Wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit gemäss der gemeinsamen Erklärung aus dem Jahr 2023 intensivieren, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Biotechnologie, Life Sciences und Quantentechnologie, namentlich auf der Grundlage von Plattformen wie der «Swiss-Korean Innovation Week» und der «Life Science Initiative»
 - c.** Instrumente der Handelsdiplomatie und der Exportförderung festigen mit Schwerpunkt auf wertschöpfungsstarken und innovativen Bereichen
 - d.** Zugang von Schweizer Start-ups zum koreanischen Innovationsökosystem fördern durch eine stärkere Verbindung zu Inkubatoren, Forschungszentren und Industriepartnern

Umwelt

- 3. Die Schweiz und Südkorea verstärken ihre Zusammenarbeit im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit.**
 - a.** Multilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, Sustainable Finance und Umwelt unterstützen und ausbauen
 - b.** Möglichkeiten für Schweizer Umwelttechnologien identifizieren und fördern

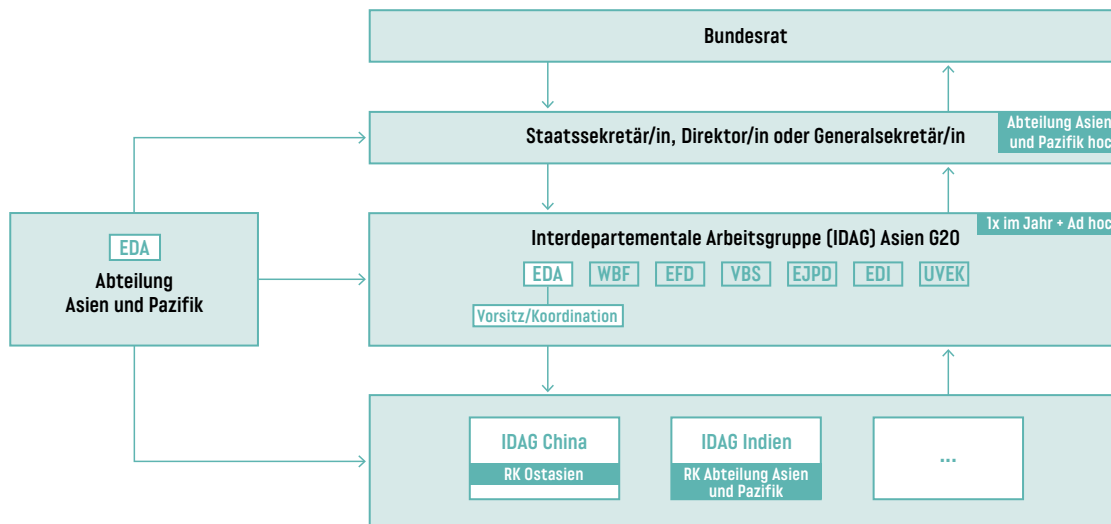
Demokratie und Gouvernanz

- 4. Die Schweiz verstärkt den Austausch mit Südkorea in den Bereichen Demokratie, Gouvernanz und Wissenschaftsdiplomatie.**
 - a.** Austausch im Bereich der Wissenschaftsdiplomatie verstärken, insbesondere zu den Themen KI-Ethik, Cybersicherheit und Quantentechnologie sowie durch den Einbezug Südkoreas in die Arbeit des Geneva Science and Diplomacy Anticipator (GESDA)

Querschnittsziel

- 5. Die Schweiz fördert menschenbezogenen Austausch mit Südkorea.**
 - a.** Entwicklung strukturierter Partnerschaften zwischen Gemeinden und Aufbau von Kooperationen zwischen Akteuren aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen

7 Instrumente und Umsetzungspartner



Grafik 12: Funktionsweise der bundesinternen Koordination (Quelle: EDA)

7.1 Interne Koordinationsinstrumente

Zur Umsetzung dieser Strategie wird eine neue Interdepartementale Arbeitsgruppe (IDAG) Asien-G20 eingesetzt, die sich mindestens einmal pro Jahr trifft. Sie dient dem Informationsaustausch zwischen allen mit diesen Ländern befassten Bundesstellen und der Suche nach koordinierten Positionen. Sie überwacht die Umsetzung der Strategieziele mithilfe eines Systems, das die Begleitung und Bewertung der einzelnen Massnahmen durch die zuständigen Stellen sicherstellt.

Die Interdepartementale Arbeitsgruppe zu China entfällt deswegen nicht. Sie wird weiterhin mindestens zweimal jährlich zusammentreffen, um China-spezifische Fragen zu besprechen und die seit der Verabschiedung der China-Strategie 2021–2024 unternommene Kohärenz-Arbeit fortzusetzen. Auch die bereits eingerichtete Interdepartementale Arbeitsgruppe zu Indien wird ihre Arbeit fortsetzen und mindestens einmal pro Jahr zusammentreten. Bei Themen zu Indonesien, Japan und Südkorea können Ad-hoc-Treffen einberufen werden.

In den Beziehungen mit den Ländern dieser Strategie spielen neben dem Bundesrat auch das Parlament, die Kantone, Städte, Wirtschafts- und Finanzkreise, Hochschulen und Forschungsinstitute, die Zivilgesellschaft sowie individuelle

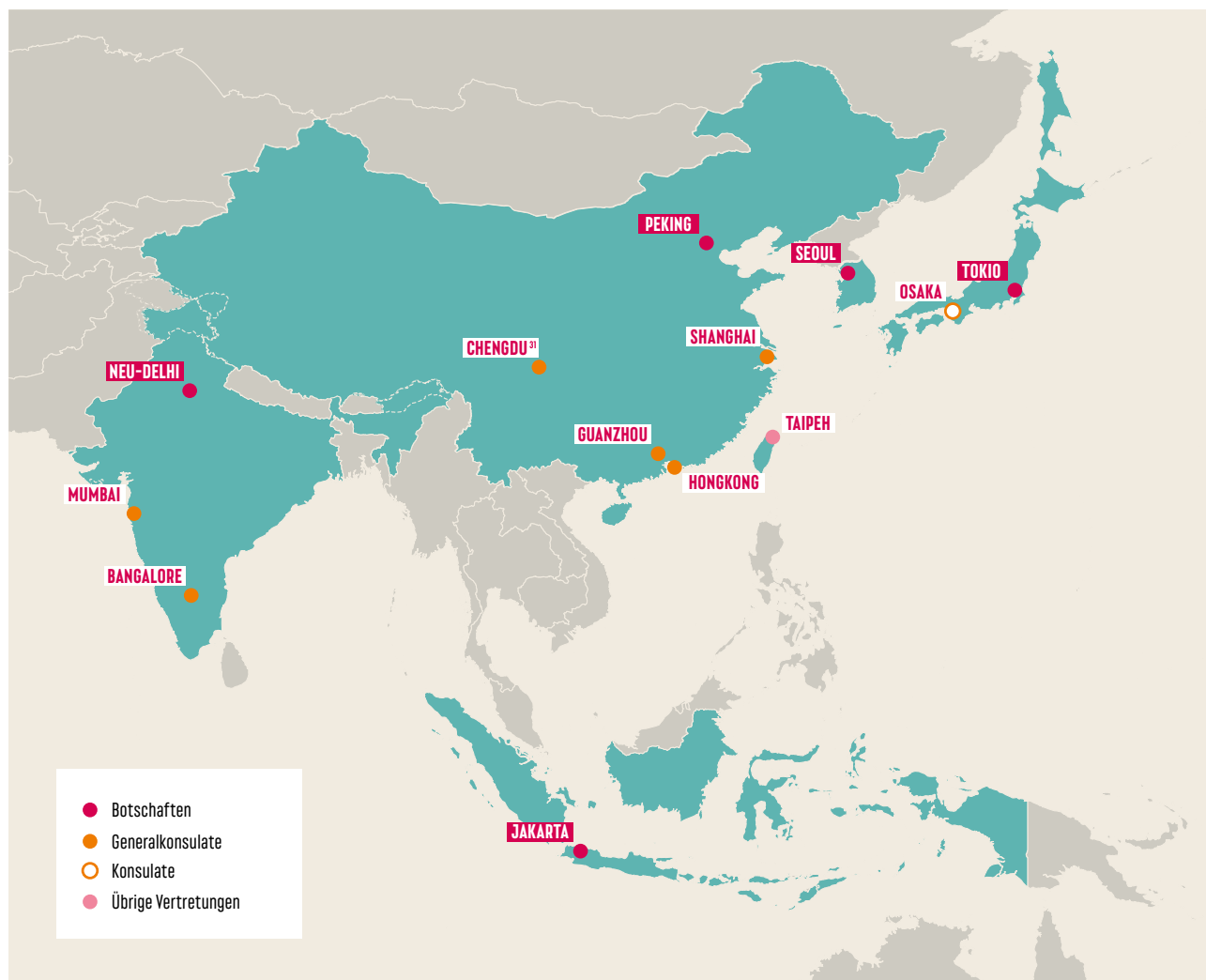
Bürgerinnen und Bürger dieser Länder eine wichtige Rolle. Der Bundesrat begrüsst einen regelmässigen Austausch mit und unter den verschiedenen Akteuren.

Dabei geht es auch darum, beim Einsatz der aussenpolitischen Instrumente flexibel zu bleiben und Entwicklungen sowohl im Lichte der Schweizer Interessen als auch des Regional- und Weltgeschehens zu berücksichtigen. Nach zwei Jahren soll eine Zwischenevaluation eine erste Bilanz ziehen und gegebenenfalls Anpassungen vorschlagen.

7.2 Externe Koordinationsinstrumente

Die offizielle Schweiz verfügt über zahlreiche Kanäle des Dialogs und Austauschs mit den Ländern der vorliegenden Strategie sowie über ein Netz von offiziellen Vertretungen in deren Hoheitsgebiet. Die verfügbaren Ressourcen ermöglichen es, die Zusammenarbeit und den Dialog auch in multilateralen Gremien zu pflegen. Dabei geht es nicht nur um das UNO-System, sondern auch um multilaterale Finanz-, Handels- und andere normgebende Instanzen, in denen die Schweiz und die betreffenden Länder interagieren.

Anhang



Grafik 13: Karte der Vertretungen in der Region Asien-G20

Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf den Karten bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

³¹ Das Schweizer Generalkonsulat in Chengdu ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Strategie vorübergehend geschlossen.

Abkürzungsverzeichnis

AIIB	Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (<i>Asian Infrastructure Investment Bank</i>)	IDAG	Interdepartementale Arbeitsgruppe
APEC	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft (<i>Asia Pacific Economic Cooperation</i>)	IWF	Internationaler Währungsfonds
APS 2024–2027	Aussenpolitische Strategie 2024–2027	ASEAN	Vereinigung südostasiatischer Länder (<i>Association of Southeast Asian Nations</i>)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	KI	Künstliche Intelligenz
BRI	«Belt and Road»-Initiative	KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
BRICS	Vereinigung der Staaten Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien (Stand: Januar 2025)	KPC	Kommunistische Partei Chinas
CHF	Schweizer Franken	NAM	Bewegung der blockfreien Staaten (<i>Non-Aligned Movement</i>)
CPTPP	Umfassende und fortschrittliche Vereinbarung über eine transpazifische Partnerschaft (<i>Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership</i>)	NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation (<i>North Atlantic Treaty Organisation</i>)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	NNSC	Neutrale Überwachungskommission (<i>Neutral Nations Supervisory Commission</i>)
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (<i>European Free Trade Association</i>)	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (<i>Organisation for Economic Cooperation and Development</i>)
EU	Europäische Union	Quad	Quadrilateraler Sicherheitsdialogs (<i>Quadrilateral Security Dialogue</i>)
F&E	Forschung und Entwicklung	RCEP	Umfassende regionale Wirtschaftspartnerschaft (<i>Regional Comprehensive Economic Partnership</i>)
FHA	Freihandelsabkommen	SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
G7	Gruppe der sieben grössten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigtes Königreich, USA)	TEPA	Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Indien (<i>Trade and Economic Partnership Agreement</i>)
G20	Zwischenstaatliches Forum der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer	UNO	Organisation der Vereinten Nationen (<i>United Nations Organization</i>)
GESDA	Geneva Science and Diplomacy Anticipator	USD	US-Dollar
HDI	Index der menschlichen Entwicklung (<i>Human Development Index</i>)	WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum
		WTO	Welthandelsorganisation (<i>World Trade Organization</i>)

Glossar

Auf der Website des EDA findet sich ein regelmässig aktualisiertes [Glossar](#) mit Begriffen der Aussenpolitik. Das Glossar zu den Strategien soll zu einem gemeinsamen terminologischen Verständnis beitragen.



Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Publikationsdatum:
20. Juni 2025

Gestaltung:
Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Titelbild:
Blick auf den Panmen-Park von der Ruiguang-Pagode aus. © shutterstock.com

Karten:
Die Darstellung von Grenzen und die Verwendung von Namen und Bezeichnungen auf den Karten bedeutet nicht, dass die Schweiz diese offiziell befürwortet oder anerkennt.

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich und kann heruntergeladen werden unter www.eda.admin.ch/strategien.

Bern, 2025 / © EDA

